Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift $1\frac{1}{2}$ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 64. Mittag-Ausgabe. Neunundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Freitag, den 7. Februar 1868.

Deutschland.

O. K. C. Landtags-Verhandlungen.

Berlin, 6. Februar.

44. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Eröffnung $10\frac{1}{2}$ Uhr. Am Ministertisch: Frhr. v. d. Heydt und mehrere Commissarien, später Graf Bismarck.

Vor der T.-O. erhält das Wort der Finanzminister: Als in der Plenarsitzung am 20. December v. J. der Herr Präsident des hohen Hauses die Unmöglichkeit constatirte, die Feststellung des Etats vor Eintritt des Etatsjahres zu Stande zu bringen, erklärte der Herr Ministerpräsident sofort, daß die Staatsregierung sich vorbehalte, für die vor dem Zustandekommen des Etats geleisteten Ausgaben die nachträgliche Genehmigung des Landtages einzuholen. Die königliche Staatsregierung glaubt, daß diese Genehmigung am zweckmäßigsten im Etatsgesetz selbst ertheilt werde; demgemäß beehre ich mich, dem hohen Hause in Folge Allerhöchster Ermächtigung einen Nachtrag zum Entwurf des Etatsgesetzes zur Beschlußnahme zu unterbreiten; er lautet: „§ 4. Die bis zur gesetzlichen Feststellung des Staatshaushalts-Etats innerhalb der Grenzen desselben geleisteten Ausgaben werden hiermit nachträglich genehmigt." Dieser § ist zwischen § 3 und § 4 einzuschalten und der frühere § 4 mit 5 zu bezeichnen. Ich stelle anheim, die Vorberathung über diesen Nachtrag mit der Vorberathung des früher vorgelegten Etatsgesetzes zu verbinden. — Das Haus tritt diesem Vorschlage bei.

Das Haus setzt die Discussion des Gesetzentwurfes, betreffend den hannöverschen Provinzialfonds, fort.

Von dem Abg. Grafen Westarp (unterstützt durch v. Scheel-Plessen, v. Seydewitz u. A.) ist folgender Gesetzentwurf eingebracht, betreffend die Ueberweisung von Staatsmitteln an die provinzial- und communalständischen Verbände der Monarchie:

§ 1. Zur Förderung der Selbstverwaltung ist für die provinzial-, beziehungsweise communalständischen Verbände der Monarchie aus Staatsmitteln eine Jahresrente auszuwerfen und nach gleichartigen Grundsätzen unter die einzelnen Verbände als ein ihnen gehöriges und von ihnen zu verwaltendes Einkommen zur Deckung ihrer communalen Bedürfnisse zu vertheilen. — Zu diesem Behufe ist dem Landtage bei dessen nächstem ordentlichen Zusammentritte der Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, in dem zugleich die Zwecke näher zu bezeichnen sind, für welche die Verwendung jener Jahresrente stattzufinden hat. § 2. Unbeschadet der anderweitigen im § 1 vorgesehenen gesetzlichen Regelung ist dem provinzialständischen Verbande der Provinz Hannover zur Verwendung für folgende Zwecke: 1) Bestreitung der Kosten des Provinziallandtages und der einzelnen Landschaften in der Provinz; 2) Unterhaltung und Ergänzung der Landes-Bibliotheken, Leistung von Zuschüssen für öffentliche Sammlungen, welche der Kunst und Wissenschaft dienen; 3) Unterhaltung beziehungsweise Unterstützung der milden Stiftungen, der Irren-, Blinden-, Taubstummen-, Rettungs-, Idioten- und Landarmen-Anstalten, sowie des jüdischen Schul- und Synagogenwesens der Provinz; 4) Bestreitung der Kosten, beziehungsweise Unterhaltung des chausseemäßigen Ausbaues von Landstraßen und der Instandsetzung von Gemeindewegen; 5) Gewährung von Zuschüssen zu Landes-Meliorationen; vom 1. Januar 1868 ab aus Staatsmitteln vorläufig eine Jahresrente von 500,000 Thalern zu überweisen. Insbesondere bleibt es der Gesetzgebung vorbehalten, nach Vollendung der Landstraßen, welche in der Bekanntmachung des vormaligen hannoverschen Ministeriums des Innern vom 13. April 1855 ausgeführt sind, dem provinzialständischen Verbande der Provinz Hannover auch die Unterhaltung der Staatschausseen oder anderweitige entsprechende Leistungen aufzuerlegen. § 3. Soweit die im § 2 überwiesene Jahresrente nicht ausreicht, sind die Kosten der daselbst angegebenen Einrichtungen und Anlagen von dem provinzialständischen Verbande der Provinz Hannover nach Maßgabe der Verordnung vom 22. August 1867, betreffend die provinzialständische Verfassung im Gebiete des ehemaligen Königreichs Hannover aufzubringen.

Abg. v. Brauchitsch (Elbing): Quousque tandem: (Gelächter links.) Es ist schon viel geredet worden, geredet von Hannover und geredet über Hannover; wie gewöhnlich, haben davon wieder einmal geredet $\frac{2}{5}$ Berliner, $\frac{2}{5}$ Hannoveraner, aus dem ganzen übrigen Lande nur $\frac{1}{5}$. (Gelächter.) Trotzdem aber sehe ich mich noch veranlaßt, das Wort zu ergreifen, nicht blos, um das Amendement zu vertheidigen, das zufälliger Weise meinen Namen trägt, sondern um den Standpunkt meiner Partei überhaupt klar darzulegen gegen die mannigfachen Angriffe, die gegen uns in der Debatte gemacht worden sind. Die Schwierigkeiten dieser Seite sind noch bedeutend vermehrt worden durch das, was der Herr Minister der auswärtigen Angelegenheiten gestern zu uns speciell gesprochen hat. Mir wird gewiß Niemand den Vorwurf principieller Opposition machen können (allseitiger Ruf links: Nein, ach nein! Heiterkeit). Und ich möchte die Regierung auffordern, auch heute nicht, wenn ich gegen das Gesetz spreche, dies als Opposition gegen sie aufzufassen (Gelächter links). Ich werde keinen langen Vortrag halten, wünsche aber auch keinen Nachtrag. Ich werde zu meinem Votum auch durchaus nicht durch eine gewisse Animosität gegen die Herren aus Hannover getrieben. Wir haben sie lange Zeit beobachtet und wußten ganz genau, daß sie sich von den Herren dort (auf die National-Liberalen deutend) nicht trennen wollten und konnten. Dies konnte also jetzt eine besondere Mißstimmung nicht hervorrufen. — Wenn uns von diesen Herren irgendwie etwas mißfallen haben dürfte, so liegt das auf einer ganz anderen Seite. Ich sage es Ihnen offen, daß es mir erwünscht gewesen wäre, wenn bei der Berathung der Abfindung der Depossedirten die hannoverschen Abgeordneten ihrer früheren Landesherren nicht blos mit einem Rechen-Exempel gedacht, sondern sich derselben mit Ehrfurcht und Liebe erinnert hätten; (Gelächter links, Beifall rechts;) dafür würde auch das preußische Abgeordnetenhaus ein Verständniß gehabt (Gelächter links), und das würde einen viel besseren Eindruck gemacht haben, als die vielen Rechenexempel. (Beifall rechts.)

Auf der anderen Seite wird wohl auch Niemand behaupten wollen, daß wir eine besondere Sympathie für jene andere Partei in Hannover hätten, die sich bei Seite stellt und die neue Ordnung der Dinge nicht anerkennt. Allerdings habe ich auch die Zuversicht von jenen Herren, daß sie künftig gute Preußen sein werden, ich hoffe sogar, sehr gute Preußen. (Ruf: Aha! links.) — Ich habe sodann eine Entgegnung gegen die gestrige Ausführung des Herrn Ministerpräsidenten zu machen, die ich ihm gern persönlich gemacht hätte, weshalb ich bedauere, daß er sich gegenwärtig nicht an seinem Platze befindet. Er hat unserer Partei einen Vorwurf daraus gemacht, daß wir gegen die Regierung hier stimmen wollten, obwohl wir darauf hin gewählt wären und ausdrücklich versprochen hätten, die Regierung zu unterstützen. M. H., ich kenne die Stimmung der Wähler, die mich gewählt haben, sowie die Stimmung meines ganzen Regierungsbezirks sehr genau, und ich frage nun: Warum sagt man uns das nach unserem bisherigen Verhalten im Reichstage und hier? (Zustimmung rechts.) Wir haben in wichtigeren Sachen zum Ministerium gestanden und haben viel dabei aufgegeben, und würden dies auch künftig unter ähnlichen Verhältnissen thun. (Zustimmung rechts.) Aber hieraus zu folgern und zu sagen: „Ihr seid gewählt blos dazu, um mit dem Ministerium zu gehen", das ist uns bis jetzt noch nicht gesagt worden. (Lebhafter Beifall rechts.) Dafür haben wir keinerlei Verständniß (lebhafter Beifall rechts) und dafür werden wir nimmermehr Verständniß haben. (Stürmischer Beifall rechts.) — Ich möchte nur wissen, was der Herr Ministerpräsident selbst geantwortet haben würde, wenn der Minister v. Westphalen oder v. Manteuffel ihm so etwas gesagt haben würde. — Er würde wohl nichts anderes gesagt haben, als was wir sagen: „Wir werden mit der Regierung gehen, so weit es unsere Ueberzeugung ist; wir werden die Regierung stützen, so weit es sich mit unserer Ueberzeugung verträgt." (Beifall rechts.)

Aber unbedingt zu sagen: „Ihr seid gewählt, um unter allen Umständen das Ministerium zu stützen", das ist nicht wahr (Beifall rechts); das sind wir nicht. (Beifall rechts). Im Gegentheil, es hat uns mancher von unseren Wählern gesagt: „Nach Außen hin sehr wohl, da stützen Sie das Ministerium; aber passen Sie auf (Heiterkeit links); nach Innen — das allgemeine Wahlrecht ohne Klassenunterschied (Heiterkeit links); wohin soll das führen? (Zunehmende Heiterkeit links). Die Sache wird bedenklich! (Gelächter links). Sehen Sie sich vor! — So hat man zu uns gesprochen! Und ich glaube, wir haben überall unsere Schuldigkeit gethan. (Beifall rechts). — Man hat nun neulich viel gesprochen von dem großen Vortheil der Zersetzung der Parteien. Ich kann die Thatsache einer Zersetzung der Parteien in dem Maaße, wie sie dargestellt worden, gar nicht anerkennen. — Hier — rechts — wenigstens ist eine solche Zersetzung im Wesentlichen nicht vorhanden, und auch die Zersetzung der Linken ist — in der inneren Politik wenigstens — nicht zu übersehen. — Ich muß ferner ein Paar Worte gegen eine andere Aeußerung des Herrn Minister-Präsidenten sagen, welche lautete: „Ich verkenne den Anspruch nicht, den die liberale Partei an die Mitwirkung an der Staatsverwaltung machen kann." Das mag so im Allgemeinen richtig sein, aber daß dies vom Ministertische aus erklärt wird, ist doch wohl bedenklich, zumal wenn man in Erwägung zieht, daß gleich der folgende Redner, der Abgeordnete Lasker, erklärte, daß er in den Fragen der inneren Politik noch heute mit der Fortschrittspartei auf demselben Boden steht.

Zur Sache selbst übergehend, führte Redner aus, daß die vorliegende Frage für ihn und seine Partei keine politische Frage sei, sondern lediglich ein Rechenexempel. Die Motive der Regierungsvorlage geben aber in dieser Beziehung eine so geringe Unterlage, daß man jeden Augenblick sagen muß; „Non liquet!" und auch die Gründe der Commission sind keineswegs überzeugend; das Aeußerste, wozu man dadurch kommen könnte, ist: „Höchstens eine Rente zu bewilligen, aber sicherlich kein Capital". Redner protestirte dann gegen die von der Linken gebrauchte Bezeichnung „feudale Stände". Feudale Stände giebt es nicht mehr; Stände giebt es allerdings und muß es geben, und wenn diese jemals aufhörten, dann hört der preußische Staat auf (Gelächter links); die Organisation der Stände ist die Organisation der Gesellschaft, und die Organisation der Gesellschaft ist die Civilisation. Wenn es keine Stände mehr giebt, so giebt es nur noch eine Masse, keinen Staat. (Redner gab sodann eine ausführliche Motivirung seines Amendements, die aber fast gänzlich unverständlich blieb, da er dieselbe ablas und das Haus, so aufmerksam es den bisherigen Erörterungen gefolgt, nach und nach wieder in die jetzt so häufige, fast zur Gewohnheit gewordene Stimmung der Unaufmerksamkeit und Unruhe versank.) Sein Amendement suche gleiche Rechte und Pflichten gegen alle Provinzen herzustellen, und die Verpflichtung, die die Regierung mündlich übernommen, für die anderen Provinzen ähnliche Organisationen zu schaffen, gesetzlich zu fixiren; es setze außerdem statt des Capitals eine Rente für Hannover fest und zwar eine den Verhältnissen angemessene, während der Antrag Kardorff viel zu viel verlange. Das Amendement Diest sei zu verwerfen, weil die Regierung einen ungewöhnlichen Nachdruck auf das Zustandekommen des Gesetzes lege.

Abg. Dr. Aegidi (für das Gesetz): Der Vorredner hat gemeint, daß die vorliegende Frage keine politische, sondern mehr eine Rechnungsfrage sei. Ich behaupte im Gegentheil, daß noch fast nie eine Frage von höherer politischer Bedeutung an dies Haus herangetreten ist. — Schon von anderer Seite ist aufmerksam gemacht worden auf die eigenthümliche Parteigruppirung bei dieser Frage; ich schließe hieraus aber nicht auf eine Parteizersetzung, sondern darauf, daß die gegenwärtige Parteibildung nicht erschöpfend genug ist für unsere gegenwärtigen politischen Verhältnisse. (Ruf: Sehr wahr!) Wir sehen die äußerste Rechte und äußerste Linke gegen das Gesetz stimmen, dafür aber eine große Mittelpartei, von der ich annehme, daß ihr die Zukunft gehört (Widerspruch links und rechts); auf die sich die Regierung stützen wird, nicht weil sie zu allem „Ja" sagt, sondern weil sie „Ja" sagen kann. — Um die vorliegende Frage richtig zu beurtheilen, muß man sich auf eine gewisse Höhe der politischen Betrachtung erheben. Diejenigen, welche gegen das Gesetz stimmen, stellen sich auf den Boden des nackten Eroberungsrechtes. Ich bedauere dies. — Man muß hierbei noch an etwas Höheres denken, und das ist die Ehre. Die Frage des hannoverschen Provinzialfonds ist eine Ehrensache. (Widerspruch rechts und links.) Man führt im 19. Jahrhundert Eroberungskriege nicht nur um der Eroberung selbst willen; und eine Hauptbedingung muß man bei der Handhabung des Eroberungsrechtes beachten: „Man soll und darf das eroberte Land und Volk nicht als erobertes Land und Volk behandeln". (Beifall.) Man muß der Bevölkerung so bald wie möglich das Gefühl zu benehmen suchen, daß sie erobert ist. — Dabei muß ich mein inniges Bedauern darüber aussprechen, daß der Abgeordnete für Berlin, der gestern nach einem Abgeordneten für Hannover auf die Tribüne trat, welcher aus wundem Herzen den Gefühlen der hannoverschen Bevölkerung Ausdruck gab, erbarmungslos darüber hinging und kein Gefühl zeigte für die Empfindungen der zusammengeknickten Provinz.

Wohlthuend wirkte dagegen die Ausführung des Regierungs-Commissars, welcher sagte, daß allerdings von einem Rechte keine Rede sein könne, dennoch aber ein Pact mit Hannover abgeschlossen werden solle. — Man erkennt hierdurch die berechtigte Stimme des Volkes an, und ich freue mich, daß die Regierung ihre Maßregeln nach dieser Seite hin ergriffen hat, und wünsche, daß sie hierin fortfahre und das Princip der Selbstverwaltung immer mehr anerkenne. Ich sollte meinen, daß die linke Seite dieses Hauses keinen Grund hat, hiergegen aufzutreten. — Was die rechte Seite des Hauses anbetrifft, so acceptire ich mit wahrer Hochachtung die Behauptung ihrer Selbstständigkeit und acceptire bestens eine unabhängige conservative Partei; ein Mangel an Uebung darin ist wohl aber noch natürlich. (Heiterkeit.) Wenn Sie aber wirklich Ernst machen können und wollen mit Ihrer Unabhängigkeit, dann thun Sie es wenigstens an der rechten Stelle; und nicht mit einer Art des Gefühls des Märtyrerthums für Unabhängigkeit. (Unruhe rechts.) Bedenken Sie doch: Sie haben die Politik der Regierung in einer Weise unterstützt, die in ganz Europa Erstaunen hervorgerufen hat; Sie haben Könige mit entthront, Länder erobert, das allgemeine Wahlrecht eingeführt. Jetzt nun, wo Sie an eine weitere Consequenz davon kommen, an einen Punkt, der eigentlich conservativ ist, machen Sie plötzlich „Rechtsschwenkt". (Heiterkeit.) Das ist vollständig inconsequent. — Wenn Sie anders votiren, so stehen Sie, Sie mögen sich wehren, wie Sie wollen, auf derselben Seite, auf welcher der Convent stand. (Unruhe rechts.) Wenn wir den Provinzialfonds nicht bewilligen, so muß dies jeder Hannoveraner als eine Art von Beleidigung ansehen, da wir damit das Eroberungsrecht auf die Spitze treiben. (Redner empfahl schließlich das Amendement Kardorff und schloß mit den Worten): „So lassen Sie mich schließlich Ihnen auch heute Dank dafür sagen, daß Sie mir Ihre Aufmerksamkeit geschenkt haben. Ich wünsche, daß sich an diesen Tag für Hannover, wie für ganz Preußen, eine schöne und unausbleibliche Erinnerung knüpfen möge. Der Particularismus wird durch die Bewilligung des Fonds nicht gestärkt werden, sondern nur in dem Sinne, daß das Gefühl befestigt wird für autonome Kreis- und Provinzialverfassung gegenüber einer verwerflichen Centralisation. (Beifall.)

Ministerpräsident Graf Bismarck: Ich bin nicht gegenwärtig gewesen, als der Herr Abgeordnete v. Brauchitsch gesprochen hat, bin indessen auf einzelne Hauptsätze seiner Rede von meinem Herrn Collegen aufmerksam gemacht worden, und soweit ich sie verstehe und mir dieselben habe aneignen können, sehe ich mich genöthigt, einige Entgegnungen darauf zu machen. Der Herr Abgeordnete scheint, — und es thut mir leid, daß ich Mißverständnissen auch auf dieser Seite (der rechten) ausgesetzt bin, solchen Mißverständnissen, die sich durch einfache Lectüre der stenographischen Berichte und selbst der mageren Zeitungsberichte, die heute schon über die Verhandlung gebracht sind, hätte vermeiden lassen, — scheint in dem Mißverständniß befangen zu sein, als hätte ich gesagt, ich forderte von der conservativen Partei, daß sie in allen Beziehungen der Regierung folge. Ich habe in meiner Rede ganz ausdrücklich gesagt, ich verlange das nicht, ich kann das auch nicht verlangen, da, wo wirklich große Principien sich scheiden und die Regierung von diesen großen Principien, auf denen die Stellung der conservativen Partei beruht, sich entfernen sollte; ich berufe mich auf das Zeugniß der Versammlung, ob ich nicht so gesprochen habe, und ich begreife also nicht, wie der Herr Abgeordnete dazu kommt, diese Einschränkung wegzulassen und mir einfach vorzuwerfen, ich hätte gefordert, was ich nie von einer Partei gefordert habe, die sich selber achtet. Aber es ist etwas Anderes, wenn es sich um Dinge handelt, wo nicht ein fait accompli vorliegt, aber wo die Regierung engagirt ist, wo die Sache nicht mehr res integra ist, wo sie vor der Wahl nicht mehr res integra war, da habe ich, so lange ich auf diesen Bänken saß, niemals einem Ministerium Verlegenheiten zu bereiten gesucht.

Fast jede Sache läßt sich auf zwei, drei und mehr Wegen anfangen, alle Wege führen nach Rom; man hätte auch diese Sache anders anfangen können; welcher der richtige, welcher der fehlerhafte ist, das entscheidet erst die Zukunft, vielleicht eine späte Zukunft, wenn wir Alle nicht mehr leben. Aber der Fehler, an dem die Regierungen zu Grunde gehen, sind die Schwankungen, daß man heute Dies, morgen Jenes will, heute dies zuzusagen und morgen das nicht zu erfüllen. Das ist der Fehler, den ich um jeden Preis zu vermeiden suche. Hat eine Regierung ihren Weg erwählt, so muß sie ohne nach Rechts oder Links zu schwanken, vorwärts gehen; thut sie das nicht, so wird sie schwach und unter ihrer Schwäche leidet das ganze Staatswesen. Der Herr Abgeordnete hat, wie ich gehört, davon gesprochen, unter welchen Auspicien die Herren gewählt und wozu sie gewählt wären. Ich kann das nicht untersuchen, ich kann nicht in die Seele der Wähler hineinsehen, aber, meine Herren, hätten wir diese conservative Majorität im Vergleich zu der früheren Minorität ohne die Regierung heute hier? Wie viele von Ihnen wären denn gewählt worden, wenn in Ihren Wahlkreisen die Regierung öffentlich erklärt hätte: der geht uns zu weit rechts, der ist uns zu conservativ? Hätten wir das erklärt, wo wäre dann diese Majorität, meine Herren? (Lebhafte Zustimmung links.) Der Herr Abgeordnete hat, wie ich vernehme, ferner gesagt, die conservative Partei hätte diesem Ministerium viel geopfert, sie hätte viel aufgegeben. Ich bedaure, daß er dies nicht specificirt hat, denn ich wäre in der That neugierig zu hören, was sie aufgegeben hat. Ich kann mich nur erinnern, daß sie das Klassen-Wahlsystem aufgegeben hat, dies theoretisch und praktisch unhaltbare System, nach welchem wir hier gewählt sind, weil es verfassungsmäßig ist und weil wir kein anderes haben, das aber theoretisch in seinen Consequenzen noch Niemand zu vertheidigen, und als ein besonders conservatives Wahlsystem hinzustellen versucht hat.

Ich will von den Resultaten nicht sprechen, die sind zufällig, aber ich will daran erinnern, daß die conservative Partei dem andern theoretisch richtigeren System auch Einiges zu verdanken hat und daß sie damit nichts aufgegeben hat. Und hätte sie diesem Ministerium ein Opfer gebracht, ich will nicht von den Opfern sprechen, die wir dem Lande gebracht haben, wir sind sie ihm schuldig gewesen und das Land ist dabei nicht zu kurz gekommen! M. H., dafür zeigen wir Ihnen die neuen Provinzen auf, dafür zeigen wir Ihnen das consolidirte Köigthum, dafür zeigen wir Ihnen das geeinigte Deutschland auf! Wenn Sie da mit uns abrechnen wollen, wir sind in einem starken Credit, m. H.! Der Hr. Abg. hat daran erinnert, was ich gethan haben würde, wenn das Ministerium Manteuffel mir als Mitgliede der conservativen Partei gegenüber eine ähnliche Forderung gestellt hätte? Ich antworte: hätte es mir eine Forderung gestellt zur Aufgabe gewisser Principien, die ich ganz unzweifelhrft erkläre als die Grundprincipien meiner Parteistellung, für die ich gewählt worden wäre und zugesagt habe, so würde ich gegen das Ministerium gestimmt haben und das Ministerium wäre vollständig darauf vorbereitet gewesen. So habe ich beispielweise, ein Beispiel übrigens, das ich nicht zur Nachahmung empfehle, als ich noch nicht meine Stellung in Frankfurt angetreten, im Herrenhause gegen die Grundsteuer gestimmt, ohne daß dadurch meine Beziehung zu meinem allergnädigsten Herrn und zu dem Ministerium alterirt worden wäre, weil sie wußten, daß ich nach der ganzen Consequenz meiner Parteistellung nicht anders handeln konnte. Aber das jetzige Ministerium befindet sich seinem Ursprunge und seiner Stellung nach in einer sehr wesentlich anderen Lage als das Ministerium Manteuffel.

Ich bin fern davon, meine Vorgänger irgendwie hier anzugreifen: sie haben gehandelt, wie sie es für recht erkannten, und wie es ihnen die damalige Lage des Staates zu erfordern schien. Sind sie darin zu weit gegangen, so haben sie eben menschlich in ihrem Urtheile geirrt, ich halte mich nur an die äußeren Thatsachen des Ministeriums Manteuffel, und stütze mich dabei auf die Eindrücke, die uns außerhalb Stehenden die Thatsachen damals machen mußten. Das Ministerium Manteuffel kam zur Regierung in einem Momente, wo es sich nach dem Eindrucke der conservativen Partei darum handelte, nicht dieselbe Verfassung, wie sie die Nationalversammlung gewollt hatte, zu octroyiren. Die Rechtscontinuität hätte erfordert, wozu ich im Herbst 1848 Seiner Majestät dem hochseligen Könige in einer weniger einflußreichen Stellung gerathen habe, den vereinigten Landtag zu berufen, ihm zu sagen: die versuchte Vereinbarung mit der Nationalversammlung ist mißlungen, nun wollen wir weiter setzen! Ich frage jetzt noch, ob nicht eine analoge, aber ruhigere Entwickelung unseres Verfassungslebens das Resultat von dieser Genesis gewesen wäre. Wir hatten damals vom Ministerium Manteuffel auf conservativer Seite mehr erwartet, mehr Entschlossenheit im Widerstande, als geleistet wurde, aber ich will nicht auf das Feld gerathen, das ich vermeiden will, und überlasse Jedem, der die Zeit mit uns durchlebt hat, diesen Gedanken auszudenken. Unter welchen Situationen man es immer betrachten mag, kamen wir zur Regierung im Jahre 1862; hat irgend Jemand unter Ihnen geglaubt, daß wir die Sache zu einem günstigen Ende führen würden? hat sich außer uns Jemand gefunden, war sonst Jemand bereit hier einzutreten, wenn wir nicht den Muth gehabt hätten, das Portefeuille zu übernehmen, wenn wir nicht den Muth gehabt hätten, hier mit 11 Conservativen drei Jahre lang zu stehen isolirt, verschmäht, verketzert, angefeindet von allen Seiten! Ich will von dem, was mir außerhalb dieser Kreise passirt ist, gar nicht reden. Aber das vergessen Sie sehr rasch.

Denken Sie sich das einmal aus, wenn damals 1862 im Herbst diese Eventualität eingetreten wäre, wenn ich einfach zu Sr. Majestät dem Könige nein statt ja sagte. Ich habe gestern schon erwähnt, wir können hier das Staatsgebilde nicht vom Parteistandpunkte betrachten; wollen wir constitutionell regieren, so bedürfen wir einer Majorität, verweigern Sie sie uns, verweigern die Herren, die dazu gewählt worden sind, die Regierung zu halten, ihr zu helfen, so müssen wir sie zu finden suchen, und finden wir sie nicht, so ist die Regierung genöthigt, sich auch auf andere Parteien zu stützen, mit denen sie innerlich nicht so consolidirt ist. Daraus folgen alle Schwächen eines Coalitionsministeriums, weil ein solches verschiedenen Seiten Rechnung tragen muß. Wollen Sie diese Schwächung über unseren Staat verhängen — ich kann nicht erwarten, daß Sie von mir verlangen werden, wenn Sie uns die Majorität versagen, daß wir nichtsdestoweniger fortfahren, alle Unannehmlichkeiten der Stellung zu tragen, ohne nach Abhilfe zu suchen, daß wir uns zum Organ einer einzelnen Fraction, einer einzelnen Partei machen und es darauf ankommen lassen, ob die ganze für das Land so bedrohliche Situation eines Conflictes sich in dieser schwierigen Zeit erneuere. Daß ich den Conflict nicht fürchte, habe ich gezeigt, ich habe ihm drei Jahre lang ehrlich die Stirn gewiesen, aber ihn zu einer permanenten nationalen Institution zu machen ist nicht meine Absicht. (Anhaltende Bewegung begleitete und folgte dieser Rede, die wir, ebenso wie die gestrigen Vorträge des Ministerpräsidenten, mit derjenigen stenographischen Genauigkeit wiedergegeben haben, die uns zu erreichen möglich war. Heute war dies schwieriger als je, da Graf Bismarck so erregt und folglich so rasch sprach, daß auch die Stenographen des Büreaus ihm kaum zu folgen vermochten.)

Abg. v. Vincke-Minden: Der Abg. Miquel hat mir den Vorwurf gemacht, ich hätte in meiner letzten Rede einen Theil der Thatsachen und Zahlen falsch dargestellt. Da ich mich stets auf gedruckt vorliegende Documente gestützt habe, so müßte er entweder behaupten, ich hätte falsch lesen wollen, und eine solche Behauptung wäre zu unparlamentarisch, als daß ich sie voraussetzen könnte, oder ich hätte die Schriftstücke nicht richtig lesen können und das kann der Abg. Miquel nicht behaupten. Ebensowenig kann ich ihm das Recht zugestehen, denen, die gegen die Vorlage stimmen wollen, andere Motive unterzulegen, als die von ihnen angegebenen. Der Abg. Braun hat freilich von seinem kleinstaatlichen — um nicht zu sagen beschränkten — Standpunkte bei uns Westphalen kleinlichen, nachbarlichen Neid gegen Hannover vorausgesetzt; die Ausführungen des Abgeordneten v. Benda hätten ihn überzeugen sollen, daß unsere Ansichten auch von Vertretern anderer Provinzen getheilt und sachlich begründet werden können. Der Abg. Braun hat ferner mit seinem gewohnten sittlichen haut goût die Vertreter der neuen Provinzen auf den von mir gebrauchten Ausdruck „demüthig" hingewiesen; ich habe diesen Ausdruck in der Defensive und weder von Nassau noch von Hessen gebraucht; wenn ihn der Abg. Braun auf sich bezieht, so erinnert mich dies nur an unser westfälisches Sprichwort: „Wen's juckt, der kratze sich." War es ihm aber darum zu thun, für die Vertheidigung Hannovers eine Lanze einzulegen, dann hätte er besser gethan, nicht selbst von einem „bösen Hund" zu sprechen, dem man den Brocken des Präcipuums hingeworfen habe. Wenn der Herr Ministerpräsident sich auf juristisch „sachverständige" Ausführungen bezog, so bemerke ich ihm, weil es schien, als habe er mich selbst dabei im Auge gehabt, daß ich nur Referendarius gewesen bin (Heiterkeit); auch scheint mir unsere Stellung hier weni-

ger der von Sachverständigen als von Geschworenen zu entsprechen, denen das Material zur Beurtheilung der Thatfrage geliefert wird und die nur über die letztere zu entscheiden haben.

Wenn man unsere Deductionen so auffassen kann, als wollten wir das Eroberungsrecht sanctioniren, verstehe ich nicht. Wir verlangen Nichts weiter, als für Alle gleiche Rechte und Pflichten, wir wollen nicht **einer** Provinz ein Privilegium auf Kosten der übrigen gewähren. Ueber die Verpflichtung des Staates, für die öffentlichen Anstalten Sorge zu tragen, sind Rechtsanschauungen laut geworden, die selbst für einen Referendar horrende sind. (Heiterkeit.) Der Abgeordnete Lasker folgert daraus, daß der Staat Inhaber der Anstalten ist, die Verpflichtung für ihre Insassen zu sorgen. Mit demselben Rechte würde man dem Hauseigenthümer die Sorge für die im Hause Wohnenden auferlegen können. Daraus, daß die Anstalten Staats-Anstalten sind, folgt nur, daß die daraus erwachsenden Kosten auf den Staatshaushalts-Etat gebracht werden müssen und unserer Genehmigung unterliegen, es liegt aber sicher kein Grund vor, durch Bewilligung eines Provinzialfonds dieselben dieser Genehmigung zu entziehen. — Redner geht hierauf auf die Ausführungen der Regierungs-Commissarien ein, die er eingehend recapitulirt und in ihren einzelnen Daten zu widerlegen sucht. Die Amendements erklärt er alle für unannehmbar, mit Ausnahme desjenigen vom Abg. Diest, welches die Vorlage eines einheitlichen Planes für die Organisation aller Provinzialverbände verlangt. Endlich wendet er sich gegen die Stellung, welche die Regierung selbst in dieser Frage einnehme. — Der Hr. Ministerpräsident hat sich für einen Gegner aller Doctrinäre erklärt, und dennoch ist er selbst bis zu einem gewissen Grade Doctrinär, wenn er jetzt an einer constitutionellen Doctrin festhält, die er früher schon aufgegeben hatte. Er selbst hat uns daran erinnert, daß er lange Zeit in diesem Hause nur von 11 Parteigenossen unterstützt der überwältigenden Majorität gegenüber gestanden habe, und dennoch in diesem Augenblick verstößt er gegen die constitutionelle Doctrin, die in einer solchen Lage schon längst die Auflösung des Hauses verlangt hätte, um der Regierung eine compacte Majorität zu sichern.

Es ist dies aber auch gar nicht der Ort, um eine solche Doctrin zur Anwendung zu bringen. Welche gemischten Elemente müßte ein neu gebildetes Ministerium enthalten, um im Falle einer Verwerfung der Vorlage allen Theilen der Majorität gerecht zu werden? Diese eigenthümliche Parteigruppirung hat darin ihren Grund, daß wir nicht vor einer Parteifrage, sondern vor einer Rechtsfrage über Mein und Dein stehen, die nicht nach politischen Grundsätzen entschieden werden kann. Wollte der Herr Ministerpräsident deshalb aus derselben eine Cabinetsfrage machen, so würde er dadurch einen Zwang auf die Gewissensfreiheit einzelner Mitglieder dieses Hauses ausüben und einen zu exorbitanten Gebrauch von seiner Stellung machen. Ich würde ein solches Verfahren in keiner Weise billigen können und erkläre, daß wir uns durch keine Drohung, durch keine Pression von der Ausübung unserer Gewissenspflicht abwendig machen lassen werden. (Unruhe unter den Hannoveranern. Ruf: Zur Sache.) Sie rufen zur Sache? (Redner wendet sich mit einem bedauernden Achselzucken nach der entgegengesetzten Seite.) Ich achte die unabhängigen und selbstständigen Charaktere, und als ein solcher hat sich uns Graf Bismarck stets gezeigt, ich verlange aber, daß derselbe auch andere neben sich gelten lasse und nicht nur Leute dulde, die in verba magistri schwören. Mir ist erzählt worden — relata refero, und sollte es nicht richtig sein, so wird der Herr Ministerpräsident Gelegenheit haben, mich nachher zu rectificiren — daß derselbe zu Mitgliedern der conservativen Partei geäußert habe, sie würden eine weniger durchgreifende Reform der Kreis- und Gemeindeordnung zu erwarten haben, wenn sie in der vorliegenden Frage die Regierung rückhaltslos unterstützen.

Ich würde, die Richtigkeit der Mildthätigkeit vorausgesetzt, dies für einen sehr bedenklichen Zustand halten, sowohl für die Regierung, wie für dies Haus, denn es scheint mir nicht der Stellung beider zu entsprechen, wenn die erstere die Zustimmung der Parteien durch Aussicht auf Vortheile und Nachtheile zu gewinnen sucht. Die conservative Partei würde sich, wenn sie auf einen solchen Vorschlag einginge, selbst eine so niedrige Stellung anweisen, daß sie in Zukunft von Ministerialräthen dirigirt werden würde. (Oh! oh!) Und daß sie sich in Zukunft nicht mehr conservativ, sondern höchstens noch ministeriell nennen dürfte. Ich hoffe, daß Sie (nach rechts) sich bei Abgabe Ihres Votums die volle Freiheit der Entschließung wahren werden. (Beifall.)

Graf **Bismarck**: Es kann nicht meine Absicht sein, in einem so vorgerückten Stadium der Debatte am dritten Tage derselben und kurz vor dem Schlusse der Sitzung den Herrn Vorredner weder in der Länge der Rede, noch in der persönlichen Färbung der Debatte zum Muster zu nehmen. Er hat Vieles auf die Tribüne gebracht, was sich wohl bei unserer langjährigen Bekanntschaft zu einer privaten Unterhaltung geeignet hätte, was aber nicht auf die Tribüne zu gehören schien (Bravo rechts), und obgleich er viele Anregungen mit Bezugnahme auf meine Person gegeben hat, so widerstrebt es mir doch auf dieselben einzugehen, aus dem Grunde, weil es mir stets ein unbehagliches Gefühl der Beschämung verursacht, wenn ich genöthigt werde, von meiner Person zu sprechen, und weil ich hierin schon mehr gethan habe, als mit meinem Geschmacke und meiner Gewohnheit übereinstimmt. Wir haben wichtigere Dinge zu thun, als Personalien abzumachen, und ich stehe nicht hier, um zu beweisen, daß irgend eine Aeußerung von mir mit einer einer anderen nicht im Widerspruch steht, obwohl ich das sehr wohl vermöchte.

Ich bitte Sie zu glauben, daß ich auch ein Gewissen habe, daß ich den Charakter eines Ehrenmannes auch für mich in Anspruch nehme, und daß die Geschicke eines Staates von 20 Millionen sich weder in gewissenloser noch in einer andern Weise als der eines Ehrenmannes leiten lassen, sonst würde ich mich nicht 6 Jahre lang auf meiner Spitze der Verwaltung eines großen Staates von 20 Millionen und eines ehrlichen Volkes halten können. Aber Gewissen gegen Gewissen — wollte auch ich meinem Gewissen folgen und sagen: ich lege mein Mandat nieder, dann ist die leidige Cabinetsfrage wieder da, Alles ginge auseinander und ließe den Staat sich selbst regieren, jeder folgte seinem schroffen Gewissen und sagte: geht es nicht so, wie ich will, so spiele ich nicht mit. Das ist aber keine Partei-Organisation, sondern politische Willkür. Hauptsächlich habe ich das Wort ergriffen, um faktisch zu constatiren, wie es sich mit der gegebenen Zusage verhält. Der hannoversche Provinzial-Landtag hatte einstimmg den Antrag auf den Provinzialfonds gestellt. Se. Majestät der König war damals nicht anwesend, er hielt sich auf der Insel Mainau im Bodensee auf und das Ministerium bat um die Erlaubniß, den Oberpräsidenten Grafen Stolberg zu der Antwort zu ermächtigen, die bekannt ist. Der Herr Vorredner hat mich an die parlamentarische Gewohnheit erinnert, nichts hier hineinzuziehen, was nicht hierher gehört. Vielleicht ist noch ein Rest des alten Sauerteiges in mir, daß ich noch immer nicht im Stande bin, die königl. Staatsregierung vom Könige zu trennen. (Beifall.)

Nachdem die Regierungs-Commissarien **Wollny**, **Küster** und **Mac Lean** noch einmal die unveränderte Annahme der Regierungs-Vorlage empfohlen und das Amendement des Abg. Grafen Westarp für unannehmbar erklärt haben, wird die Discussion geschlossen.

Es folgt eine Fluth meistentheils gegen den Abg. v. Vincke gerichteter persönlicher Bemerkungen. Der Abg. **Wagener** (Neustettin) verwahrt sich gegen einige Angriffe, die er als auf unrichtigen Angaben beruhend zurückweist. Abg. v. Vincke solle genauere Erkundigungen einziehen und sich zu diesem Zweck an die Quelle wenden, aus der er seine übrigen discreten Mittheilungen geschöpft. Abg. v. **Brauchitsch**: Derjenige Abgeordnete, der ebenso, wie ich, von dem Herrn Ministerpräsidenten eine Zurechtweisung erhalten hat, hätte besser gethan, dieselbe an dieser Stelle nicht aufzunehmen. Den Herrn Graf Bismarck persönlich anzugreifen, lag mir fern, ich fragte nur, welche Bedeutung die conservative Partei im Lande, wie in diesem Hause noch habe, wenn sie unbedingt nach dem Willen desselben stimmen müßte. Wenn der Herr Ministerpräsident behauptet, die Conservativen hätten bei der Neugestaltung der politischen Verhältnisse keine Opfer gebracht, so hätte er nur den Fractionssitzungen bei den Berathungen des Norddeutschen Reichstages beiwohnen sollen.

Graf **Bismarck**: Ich selbst habe weder den Herrn Vorredner angegriffen, noch ihm eine Zurechtweisung ertheilt, die mir durchaus nicht zuständ. Daß meine Aeußerungen aber nicht als Abwehr von mir vorausgesetzter persönlicher Angriffe dienen sollten, glaube ich dadurch bewiesen zu haben, daß ich auf viel weiter gehende Invectiven nichts erwidert habe.

Abg. v. **Vincke**: Es könnte nach den letzten Aeußerungen scheinen, als ob meine Rede nicht der Hochachtung Ausdruck gegeben hätte, die ich seit langer Zeit gegen den Herrn Ministerpräsidenten fühle. Derselbe wird sich durch ein genaues Verfolgen meines Gedankenganges von dem Ungrund dieser Ansicht überzeugen, und nehme ich gern Gelegenheit, an dieser Stelle noch einmal öffentlich dem Herrn Grafen zu versichern, daß ich jeden Zoll von ihm für einen Ehrenmann halte.

Nachdem Graf **Bismarck** sein Bedauern ausgesprochen, daß er die Rede des Abg. v. Vincke nicht in vollkommener Uebereinstimmung mit der eben abgegebenen Versicherung halten könne, wiederholt Abg. v. **Vincke** dieselbe noch einmal.

Es wird zur **Abstimmung** geschritten; die Amendements **Wellmann** und **Bonin** werden zurückgezogen.

Die Amendements **Westarp** und v. **Brauchitsch** werden mit großer Majorität **abgelehnt**; dafür stimmen nur einzelne Conservative.

Ueber das Amendement a. **Kardorff** (500,000 Thlr. im Ordinarium des Etats) wird **namentlich** abgestimmt; es wird mit 197 gegen 192 Stimmen **angenommen**. **Dafür** stimmen Achenbach, Adickes, Aegidi, Agricola, Ahlmann, Arndts, **Aßmann**, v. Auerswald, Bähr, Bahlmann, v. Beesten, Bening, v. **Bennigsen**, v. Berg, Berger, Bernhardi, Graf Bethusy-Huc, Biedenweg, Binder, Born, Boy, Brande, **Braun** (Wiesbaden), Braun (Hersfeld), v. Bredow, v. d. Breli, v. Brewes, v. Breza, v. Briesen, Bromm, Buddenberg, van Buiren, v. Bunsen, Cöster (Marburg), Colberg, Collig, v. Czarlinski, Daniels, v. **Dechend**, Dencker, Dircks, v. Düffel, v. Eckardstein, v. Eichhorn, Eisele, Ellissen, Engel (Leobschütz), Engel (Schleiden), Engelcke, Graf zu **Eulenburg** (D.-Krone), Evelt, **Faucher**, Ferno, Graf Finck v. Finckenstein, Förster, Forchhammer, v. **Forckenbeck**, **Francke** (Oldenburg), Graf v. Franckenberg, Gerstenberg, Gleim, v. Grävenitz (Hirschberg), **Grumbrecht**, Grundmann, Gadewill, Haack, Hänel, Hagen (Fürstenthum), Havenstein, Hederich, Heise, Hellwig, v. **Hennig**, Hensen, Herbertz, Herrlein, v. d. **Heydt**, Heyl, Hillingh, Höne, Hoffmann, Holzer, v. d. Horst, Hugenberg, v. Jackowsky, Jordan, Jüngken, Kanngießer, **Kantak**, v. Kardorff, Karsten, Kellner, Kleist v. Bornstedt, Knapp, v. d. Knesebeck (Ruppin), v. d. Knesebeck (Teltow), v. Krasicki, Krieger, v. Kries, Krug v. Nidda, Kühlwetter, Künzer, v. Kulmiz, Kurtius, v. Langendorff, **Lasker**, v. Laszewski, Lauenstein, Lesse, **Lette**, v. Lingenthal, v. Loncki, v. Lyncker, v. d. Marwitz, Mayer (Biedenkopf), Mette, Meyer (Diepholz), Meyer (Hoya), Meyer (Tondern), Meyhöffer, **Miquel**, Mohr, Müller (Hannover), de Nies, **Oetker**, Oppermann, v. **Patow**, Peltzer (Düsseldorf), Persius, Petersen, Pflueg, Pilaski, Planck, **Plehn** (Marienwerder), Polomski, v. Puttkammer, Raitz v. Frentz, Redecker, Graf Renard, Richter (Hirschberg), **Richter** (Sangerhausen), v. Richthofen (Rybnik), Rochlitz, Rodewald, v. Roebel, Roscher, Ruß, v. Saldern, v. Saltzwedell (Sensburg), v. Saltzwedell (Gerdauen), v. **Saucken-Julienfelde**, Graf Saurma, Scharnweber, v. **Scheel-Plessen**, Schläger, Schlichting, Schoen, Schoof, **Schröder** (Königsberg i. N. M.), Schultz (Memel), v. Schwarzkoppen-Rottorf, Graf v. **Schwerin**, v. **Selchow**, Sello, v. **Seydewitz**, Spangenberg, Stavenhagen, Steingräber, Stengel, Graf v. Strachwitz, Struckmann, **Szuldrzynski**, Techow, v. Tempelhoff, v. Thokarski, Thomsen-Oldenswort, Uloth, v. **Unruh**, Wachler, **Wagener** (Neustettin), v. Werdeck, Werenberg, Graf v. **Westarp**, Werstler, Wicke, Wiesand, **Windthorst** (Meppen), Graf v. Wintzingerode, Witt, Woelfel, v. Wrochem, v. Zander, Ziegler (Hanau), Zweigler.

Dagegen stimmten: Allnoch, v. **Arnim** (Neustettin), v. **Arnim** (Templin), von Aulock, Bassenge, Becker, von Behr (Greifswald), Behrenz, von **Benda**, Bender, Behring (Erfurt), v. Berswordt-Wallrabe, v. **Bethmann-Hollweg**, Bieck, v. **Bismarck**, Blum, v. **Bockum-Dolffs**, v. **Bodelschwingh**, Böhmer, v. **Bötticher**, v. Bonin (Genthin), v. Bonin (Schlawe), Bottler, v. Brauchitsch (Elbing), v. Buch, v. Buddenbrock, v. Cottenet, Covpienne, Cretius, Delius, v. Denzin, Deutz, v. Diest, Dönhoff, Drabich, von Droste-Hülshoff, Duncker, Eberty, Ebner, v. Eerde, v. Elmendorf, v. Eynern, Fischbach, Fischer (Löwenberg), Florschütz, Frank (Aachen), Frech, Graf von Fürstenstein, v. Gerlach, Gerlich, Giller, Glaser, **Gneist**, Gockel, Göddertz, Gommelshausen, v. Goßler-Zichtau, Gottschewski. Graeger, v. Grävenitz (Grünberg), v. Guerard, Hagen (Görlitz), **Hammacher**, v. Hanstein, Hardt, Harkort, Hermes, v. Hilgers, Hobbeling, Prinz zu Hohenlohe, Honig, von Hoverbeck, Jacobi (Liegnitz), Dr. **Jacoby** (Berlin), v. Jagow, v. Kaltenborn, Graf v. Keller, Keuffel, v. Kirchmann, Kleinschmidt, v. Kleinsorgen, von Klitzing, Koch, v. Koeller, v. Körber, Köster (Lippstadt), v. Korff, Kosch, Kratz, Krebs, Kugler, Kunheim, Lampugnani, Larenz, Larz, Laßwitz, v. Lessing, v. Loën, **Löwe**, v. Loga, Lorentzen, Lutteroth, v. Marschall, v. Massenbach, zur Megede, Metscher, Metzmacher, Meulenbergh, Meyer zu Selhausen, von Mitschke-Collande, Mooren, **Müller** (Solingen), Muntau, v. Muschwitz, Neusser, v. Niebelschütz (Wohlau), v. Niebelschütz (Freystadt), Rücker, v. d. Osten, Otto, v. Oven, Parisius, Paur, Pelzer (Aachen), Graf Pfeil, Pieschel, **Plehn** (Danzig), v. **Pommer-Esche**, v. Proff-Irnich, Qual, Quoadt, v. d. Reck, **Reichensperger**, Richter (Essen), v. Richthofen (Jauer), **Roepell**, **Rohden**, Rohland, **Runge**, v. **Saucken-Georgenfelde**, v. **Saucken-Tarputschen**, Schmidt, v. Schöning, Schubarth, Graf v. d. Schulenburg, Schulze (Berlin), v. Seeckt, Sehmsdorf, Seubert, v. Skal, v. Sobeck, Solger, Graf zu **Solms**, Steffen, Steltzer, Stock, Stomps, Stroßer, Struve, v. Stülpnagel, Stumm, v. **Sybel**, Thomée, Trützschler v. Falckenstein, **Twesten**, Uhlendorf, v. **Vincke** (Minden), v. **Vincke-Olbendorf**, **Virchow**, Wagener (Franzburg), v. Waldaw-Reitzenstein, Waldeck, von Wangenheim, **Wantrup**, Warburg, Wartze, Weber, Websky, v. Wedell, Wehr, Weicke, Wellmann, Werner, Windthorst (Lüdinghausen), Winkelmann, Wolff, von Zastrow (Züllichau), Simon v. Zastrow (Arnswald), **Ziegler** (Breslau).

Mit Ausnahme der Fortschrittspartei und des linken Centrums, die geschlossen gegen den Antrag, und der Freiconservativen, die sämmtlich für ihn stimmen, gehen also alle übrigen Fraktionen des Hauses in ihrem Votum auseinander.

Darauf werden die Nr. 4 und 5 des Amendements v. Kardorff, welche die aus der ersten Abstimmung folgenden Aenderungen der Commissionsvorlage enthalten, **angenommen**, sodann § 2 der Commissionsvorlage mit diesem Amendement, und die Einleitung und Ueberschrift des Gesetzes mit dem dazu gestellten Amendement Kardorff.

Präsident v. **Forckenbeck**: Da der Commissions-Entwurf wesentlich verändert ist, muß das Gesetz nach der Geschäftsordnung an die Commission zurückverwiesen und von dieser zusammengestellt werden, und kann ich eine Abstimmung über das ganze Gesetz erst dann vornehmen, wenn diese Zusammenstellung gedruckt vorliegt; ebenmäßig glaube ich, auch über den Antrag Diest erst dann abstimmen zu lassen. Nach Lage der Sache möchte ich aber anheim geben, mich von der Innehaltung dieser Bestimmung der Geschäftsordnung zu entbinden, bemerke jedoch, daß der Widerspruch eines Abgeordneten genügt, um dies unmöglich zu machen.

Abg. **Heise** befürwortet das Ersuchen des Präsidenten, Abg. **Runge** erhebt jedoch Widerspruch; die Schlußabstimmung muß somit verschoben werden.

Der Präsident will zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung übergehen; der Ruf nach Vertagung wird jedoch laut.

Finanzminister v. d. **Heydt** bittet um das Wort und legt dem Hause einen Gesetzentwurf, betreffend das Verhältniß derjenigen Civilbeamten, deren Ernennung dem Bundespräsidenten zusteht, zur allgemeinen preußischen Wittwenkasse vor. — Das Gesetz bezweckt, diesen Beamten, so lange ein besonderes Gesetz darüber nicht erlassen ist, den Zutritt zur preußischen Wittwenkasse zu conserviren.

Das Gesetz wird zur **Schlußberathung** gestellt.

Schluß 3¾ Uhr. Nächste **Sitzung** morgen, **Freitag** 11 Uhr. T.-O.: 1) Schlußabstimmung über das Gesetz, betreffend den hannöverschen Provinzialfonds; 2) Gesetz, betreffend den Wegebau in Hannover; 3) Gesetz, betr. die Eisenbahn von Gera nach Eichicht; 4) Petitionen, betr. den Bau mehrerer Eisenbahnen ꝛc.

Berlin, 6. Febr. [**Amtliches.**] Se. Maj. der König hat den nachstehend verzeichneten Commissions-Mitgliedern und Beamten der Pariser allgemeinen Ausstellung, so wie den hier gleichfalls genannten Jury-Mitgliedern Orden verliehen, und zwar:

den rothen Adler-Orden erster Klasse: dem General-Commissarius der Ausstellung, kaiserlich französischen Staatsrath **Le Play**;

den rothen Adler-Orden dritter Klasse: dem großherzoglich hessischen Ausstellungs-Commissar, Commercien-Rath **Fink**, und dem königl. sächsischen Ausstellungs-Commissar, Regierungs-Rath Dr. **Wießner**;

den königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse: dem Secretär der Ausstellungs-Commission, Ingénieur en chef und Professor an der kaiserlich französischen Bergwerksschule, de **Chancourtois**, dem kaiserlich österreichischen Hof- und Ministerialrath, ersten österreichischen Ausstellungs-Commissar, Ritter von **Schaeffer**, dem großherzoglich badischen Ausstellungs-Commissar, Geheimen Referendair Dr. **Dietz**, dem Mitgliede des Municipalraths von Paris, **Varin**, dem Präsidenten der Handelskammer in Lille, **Kuhlmann**, dem kaiserlich französischen General-Inspector au corps des ponts et chaussées, **Léonce Reynaud**, dem Maire von Mühlhausen, **Jean Dollfus**, dem ehemaligen Präsidenten des Handelsgerichts der Seine, Mitglied des Municipalraths von Paris, **Denière**, und dem ersten Ingenieur im corps Impérial des ponts et chaussées, **Alphand**;

den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse: dem Ingenieur im corps des ponts et chaussées, Professor **Mangon**, dem Secretär bei der kaiserlichen Commission, Ingenieur beim corps Impérial des mines, **Cumenge**, dem Ingenieur beim corps Impérial des mines, **Léon Donnat**, dem Attaché bei der kaiserlichen Commission, **Berger**, dem Ingenieur im corps Impérial des ponts et chaussées, **Cheysson**, den Auditeuren im Conseil d'Etat, **Monnier** und **Lefébure**, dem ersten Secretär des Ministers Rouher, maître des requètes im Conseil d'Etat, **Cottin**, den Fabrikanten **Barbédienne** und **Vauquelin** in Elboeuf, dem Ingenieur im corps Impérial des ponts et chaussées und Professor an der école des beaux arts, Baron **Baude**, dem Professor an der Universität in Lüttich, **Chandelon**, dem Mitgliede des Aufsichtsraths des kaiserlichen Kunst- und Gewerbe-Museums in Wien, Chevalier v. **Friedland**, den Fabrikanten **Lang** in Blaubeuren und **Lacureux** in Verviers, sowie dem Geheimen Rath und Professor v. **Fehling** in Stuttgart;

den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse: dem Bureau-Chef beim Minister Rouher, **Giraudeau**, dem Kaufmann und Mitgliede des Comite's für Kunst und Manufacturen in Paris, **Gustave Roy**, dem Schriftsteller **Jules Delbrück**, dem Fabrikanten und Präsidenten der Klassen-Jury, **Ménier**, dem Garten-Director der Stadt Paris, **Barillet-Dechamps**, dem Ingénieur en chef des Departements der Vendée, **Forestier**, dem Professor an der kaiserlich österreichischen polytechnischen Schule in Wien, **Jenny**, und dem früheren Vice-Präsidenten der Handelskammer in Wien, **Schmid**.

Se. Maj. der König hat den Inhabern der Tapeten-Handlung „Gebrüder **Hildebrandt**", Kaufleuten **Friedrich Wilhelm Hildebrandt** und **Carl August Rommel** hierselbst, das Prädikat Hoflieferanten verliehen.

Bei dem Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, Abtheilung für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen, ist der Geheime Registrator **Friedrich Wilhelm Klemann** zum Geheimen Kanzlei-Director, der Ober-Bergamts-Secretär **Gustav Schmitz** zum Geheimen Registrator und der Kanzlei-Diätar **Louis Tag** zum Geheimen Kanzlei-Secretär ernannt. — Der Baumeister **Beckmann** zu Kupferberg ist zum königl. Eisenbahn-Baumeister ernannt und demselben die Eisenbahn-Baumeister-Stelle bei der Wilhelmsbahn zu Ratibor verliehen worden.

Berlin, 6. Febr. [**Beide königliche Majestäten**] dinirten gestern bei Ihren königlichen Hoheiten dem Kronprinzen und der Kronprinzessin.

[**Se. königliche Hoheit der Kronprinz**] nahm gestern militärische Meldungen entgegen und besuchte Abends die Vorstellung im Opernhause. (St.-Anz.)

= **Berlin**, 6. Februar. [**Die Debatte und Abstimmung über den Provinzialfonds. — Gerücht über Aenderungen des Ministeriums. — Kreisordnung.**] Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses war entschieden die bewegteste, nicht nur der Session, nein wohl die aufregendste seit langen Jahren, welche von den stürmischsten Vorgängen der Conflictszeit kaum überboten werden möchte. Schwerer ist wohl selten ein Resultat zu Stande gekommen als die heutige Abstimmung, welche eventuell, d. h. vorbehaltlich des morgenden Abstimmung über das Ganze und das denselben gegenüberstehende **Diest**'sche Amendement für den Antrag Kardorff entschieden hat und zwar mit einer Majorität von 5 Stimmen, welche durch die Mitwirkung der Polen und der Nassauer zu Stande gekommen ist. Die Debatte gestaltete sich von Tag zu Tag stürmischer und hatte denn heute ihren Culminationspunkt erreicht. Graf Bismarck hatte die objective Haltung, an welche er die parlamentarischen Versammlungen seit dem Herbst 1866 gewöhnt hat, völlig verloren, er sprach mit einer inneren Erregung, wie er sie kaum in der Conflictsperiode gezeigt und wurde eigentlich doch einerseits durch den Abg. v. **Vincke** in einer der merkwürdigsten Reden, die je in einem Parlamente gehalten worden, in Bezug auf seine Parteidoctrin glänzend desavouirt, wie andrerseits von den Conservativen, zu derer Fahne er sich offen bekannte, trotz dieses Geständnisses und trotz aller Drohungen im Stiche gelassen. Der Erfolg des Tages gehörte trotz der gegen sie ausgefallenen Abstimmung den Conservativen, die denn auch triumphirend das Haus verließen. Alles Interesse concentrirte sich in den Reden Bismarcks und Vincke's, alle Verbeugungen des Letzteren vermochten den erzürnten Premier nicht zu besänftigen, er warf Zornesblicke auf die rechte Seite und nicht eben Liebesblicke der Linken zu, wo doch unter den National-Liberalen mancher Gegner saß und überdies die Fortschrittspartei die feindliche Stellung nicht aufgegeben hatte. Nur die letztere stimmte geschlossen mit **Nein**, und die Polen votirten einstimmig **Ja**, sonst gingen alle Fractionen auseinander. Und in den Foyers wogte die Aufregung hin und her; wieder meinte man, der Abg. Brauchitsch vertrete den Grafen Eulenburg gegen Bismarck, und Vincke's Mittheilung bezüglich der Zusage Bismarck's, eine liberalere Kreisordnung vorzulegen, wenn die Conservativen gegen ihn stimmten, elektrisirte die einzelnen Gruppen. Das, von dem Minister-Präsidenten übrigens nicht widerlegte, Gerücht, welches Vincke vorbrachte, coursirte schon seit mehreren Tagen; ich nahm Anstand, es Ihnen zu melden, weil es doch sehr zweifelhaft erschien, die Conservativen freilich haben diese „Indiscretion" dem Abg. v. **Vincke** übel aufgenommen. Auf den anderen Seiten des Hauses meinte man, das Ganze werde den Erfolg eines — Gewitters haben, das die Luft reinige! — Uebrigens ist die Sache noch nicht entschieden und eine Ablehnung des Ganzen, resp. Annahme des Amendements v. **Diest** morgen noch immerhin möglich, die Conservativen hoffen stark darauf. Uebrigens tauchten in aufgeregten Gesprächen außerhalb des Saales allerlei Gerüchte in Anlehnung an Aeußerungen Bismarcks auf. Man war geneigt, der Meinung über ein Coalitions-Ministerium einen positiven Halt zu unterbreten, wieder sprach man von Eulenburgs Rücktritt und seinen Ersatz durch einen Nationalliberalen, der diesmal aber kein Bürger der neuen Provinzen, sondern in den östlichen Provinzen domicilirt, im Hause eine der größten Städte der westlichen Monarchie vertritt; es wird wohl damit eben so wenig auf sich haben, als mit der berühmten Portefeuille-Uebernahme des Abg. v. **Bennigsen**; aber bezeichnend genug für die Stimmung ist denn doch ein derartiges Gerücht. Mehr Glauben als das verdient eine zweite Angabe, wonach die Kreisordnung jedenfalls noch vorgelegt werden soll, freilich nicht mehr, um zur Berathung in dieser Session zu gelangen, sondern um nach ihrem Inhalt öffentlich bekannt zu werden.

♂ [**Eisenbahnen.**] Englische Unternehmer bewerben sich um die Concession zum Bau einer Eisenbahn von Coblenz nach Trier im Moselthal entlang. Bei der Wichtigkeit, welche diese Bahn für die dortige Gegend und als Verbindungsglied der Eisenbahnen in den neupreußischen Landestheilen, dem ehemaligen Herzogthum Nassau und dem Kurfürstenthum Hessen, mit dem an Trier sich anschließenden französischen Eisenbahnnetz hat, nimmt die Staatsregierung Interesse an der Herstellung dieser Eisenbahn und hat eine Bauprämie von 20,000 Thalern pro Meile in Aussicht gestellt. Es werden durch die projectirte Linie die genannten neuen Landestheile und der Süden der Rheinprovinz in eine directe Verbindung mit Paris gebracht. Das Princip, Eisenbahnbauten durch Staatsprämien zu unterstützen, findet jetzt öfter Anwendung, und sind solche theils bewilligt, theils in dem jetzigen Staatshaushalts-Etat bei dem Landtage beantragt worden für die Tilsit-Insterburger Eisenbahn, für die Ostpreußische Südbahn und für die Rechte-Oder-Ufer-Bahn. Für jede dieser drei Eisenbahnen ist die Staatsprämie auf 12,000 Thlr. pro Meile festgesetzt; die Erhöhung der Prämie auf 20,000 Thlr. für die Coblenz-Trierer Eisenbahn findet in der durch das schwierige Terrain bedingten außerordentlich hohen Bausumme der Bahn ihre Berechtigung. Dieselbe ist bei einer Länge von 18 Meilen auf 14 Millionen Thaler veranschlagt.

♂ [**Der König**] hat an den Regier.-Präsidenten v. **Maurach** ein sehr huldvolles Schreiben gerichtet, in welchem die vollste Anerkennung über seine Wirksamkeit überhaupt und speciell in Bezug auf die Nothstandsverhältnisse ausgesprochen ist. Man darf annehmen, daß der nächste Anlaß zu dieser Anerkennung durch die Angriffe gegeben worden, welche in dem Schreiben an die Königin gegen den Präsidenten von Maurach enthalten waren und die Vorgänge, welche sich an dieses Schreiben anknüpften.

[**Beschlagnahme.**] Die neueste Nummer des „Social-Demokrat" ist wegen eines Artikels über die polizeilichen Versammlungs-Auflösungen und über den Rechtszustand in Preußen überhaupt, confiscirt worden. Gleichzeitig wurde eine frühere Nummer nachträglich mit Beschlag belegt.

= [Preßproceß.] Vor der IV. Abtheilung des Criminalsenats des Kammergerichts wurde heute ein Preßproceß gegen den Redacteur der „Berliner Reform“ Dr. Wiß verhandelt, der in Folge eines in der Nr. 195 der „Reform“ veröffentlichten Artikels: „Zur Justizrefonm“, wegen Vergehens gegen § 101 und 102 des Str.-G.-B., in letzterer Beziehung wegen Beleidigung des früheren Justizministers Grafen zur Lippe, zu 30 Thlr. Geldstrafe verurtheilt worden war. — Das Kammergericht hat das Erkenntniß dahin abgeändert, daß der Angeklagte der Beleidigung des Justizministers nicht schuldig und aus diesem Grunde die Strafe nur in Betreff des Vergehens gegen § 101 festzustellen und auf 15 Thlr. zu ermäßigen sei.

Königsberg, 5. Februar. [Beschlagnahme.] Die gestrige Nummer der „Königsb. Neuen Zeitung“ ist auf Verfügung der königl. Staatsanwaltschaft mit Beschlag belegt worden.

Tilsit, 4. Febr. [Unruhige Auftritte.] In dem benachbarten Dorfe Stolbeck kam es am 28. v. M. zu unruhigen Auftritten, als Losleute und arme Handwerker von den wohlhabenderen Besitzern Lebensmitteln erzwingen wollten. Den aus der Stadt schleunigst requirirten Polizeibeamten gelang es, die Ruhe bald herzustellen.

Kiel, 6. Febr. [Marine.] Nach den bei dem Obercommando der Marine eingegangeneu Nachrichten ist Sr. Maj. Brigg „Musquito“ den 5. d. nach Vigo in See gegangen.

Hamburg, 6. Februar. [Die Bürgerschaft] genehmigte heute in erster Lesung den Winterhoff'schen Antrag auf Erlaß einer Amnestie für politische und Preßvergehen. Der beim Senat gestellte Antrag wegen Auflösung des Bürgermilitärs ist einem Ausschuß zugewiesen worden.

Bremen, 6. Febr. [Der Dampfer „Bremen“] vom norddeutschen Lloyd ist mit der amerikanischen Post gestern Abend beim Leuchtthurme, 3 Meilen von Bremerhafen, eingetroffen und dort wegen Sturmes vor Anker gegangen. Post und Passagiere waren heute 9 Uhr Morgens in Bremerhafen noch nicht gelandet.

Dresden, 6. Februar. [Bewilligung.] Die Abgeordnetenkammer hat in der heutigen Sitzung 20,000 Thaler zur theilweisen Deckung des Deficits der Chemnitzer Industrieausstellung bewilligt. Von der noch fehlenden Summe sollen 12,327 Thlr. seitens der Chemnitzer Stadtkasse und 24,653 Thlr. seitens der Geranten aufgebracht werden.

Frankfurt a. M., 5. Febr. [Tagesbericht.] Vorgestern war hier die geschäftsleitende Commission des 36er Ausschusses zu einer Sitzung zusammengetreten, um die Schritte zu berathen, welche in den Herzogthümern Schleswig-Holstein zur Wahrung und Unterstützung der deutschen Sache — gegenüber den dänischen Agitationen — gethan werden sollen. Dem Vernehmen nach sind namhafte Bewilligungen für den angedeuteten nationalen Zweck in Antrag gebracht werden, und die Commission glaubt, mit ihrem Beschluß der Zustimmung aller politischen Parteien in Deutschland zu begegnen. — Die zur Untersuchung des Doms niedergesetzte Sachverständigen-Commission hat den durch Brand verursachten Schaden — den Assecuranzen gegenüber — auf 140,000 Fl. berechnet. — Für die bevorstehende Frühlings-Einstellung sollen die Anmeldungen der einjährigen Freiwilligen massenhaft einlaufen.

München, 4. Febr. [Adresse.] Der Erzbischof überreichte vergangenen Freitag dem König in besonderer Audienz die mit 72,900 Unterschriften bedeckte Adresse, worin der König gebeten wird, in allen Regierungshandlungen und bei jeder gegebenen Veranlassung, namentlich auf einem etwa stattfindenden europäischen Congreß, darauf hinwirken zu wollen, daß der Papst in seinem durch den ältesten Besitzstand und die Interessen der Kirche geheiligten Rechte auf den Kirchenstaat beschützt werde. Der König nahm die Adresse huldvollst entgegen, sprach seine Freude über diese katholische Manifestation aus, und gab die Versicherung, daß Baiern, so weit es in seiner Macht liege, Alles aufbieten werde, um das Patrimonium des römischen Stuhles zu erhalten. (Allg. Z.)

München, 6. Febr. [Die Königin Mutter.] Dem heutigen Bulletin zufolge hat sich das Befinden der Königin Mutter etwas gebessert; Fieber und Schmerzen im Gelenk haben nachgelassen; die Nacht war ruhiger.

Stuttgart, 4. Febr. [Das Verhalten unserer Regierung in Sachen der Zollparlamentswahlen] fordert immer mehr die allgemeine Mißbilligung des Landes heraus. Ueber die schon erwähnte, vor Verabschiedung des Gesetzes gänzlich unzulässige Bekanntmachung in Betreff der Auslegung der Wählerlisten und etwa vorzubringender Reclamationen hat Hölder den Minister des Innern in der zweiten Kammer interpellirt. Derselbe versicherte jedoch, er habe von der Sache keine Kenntniß gehabt. Nun erklärt aber der Gemeinderath in den Zeitungen vom 2. d., daß er nur auf Befehl der Regierung so vorgegangen sei, veröffentlicht die betreffende Verfügung des Ministeriums und fügt bei, daß es nicht dem Gemeinderath obgelegen habe, „zu prüfen, ob und wie diese Verfügung des königl. Ministeriums später rechtliche Geltung erlangen würde.“ — Ganz gleichlautende Bekanntmachungen wie hier sind in sämmtlichen „Amtsblättern“ des Landes s. Z. veröffentlicht worden und liefern einen weiteren Beleg dafür, daß der Fehler nicht von den Gemeindebehörden ausgehen konnte. — Ueber die Auslegung, welche die Regierung dem Begriffe Wohnsitz beizulegen beabsichtigte, habe ich Ihnen früher schon berichtet, auch hier gab nun gestern, auf eine Interpellation des Fürsten Hohenlohe-Langenburg, der Minister zu, daß anch Arbeiter, Commis, Pächter u. s. w. wahlberechtigt seien, was früher den Gemeindebehörden gegenüber vom Ministerium aus zweifelhaft gemacht worden war. Nicht minder unglücklich war endlich das Ministerium in seinen Manövern bezüglich der Feststellung der Wahlbezirke. In der zweiten Kammer hatte der Minister erklärt, man könne die Eintheilung der Wahlbezirke noch nicht veröffentlichen, weil es die Absicht der Regierung sei, nach der Zählung von 1867 wählen zu lassen und weil das Resultat dieser Zähtung noch nicht definitiv festgestellt sei, der Minister stellte jedoch in sichere Aussicht, daß auf Grund dieser neuesten Zählung 18 statt 17 Abgeordnete in Würtemberg zu wählen sein würden. (N.-Z.)

Stuttgart, 6. Febr. [Rekrutirungsgesetz.] Das Abgeordnetenhaus hat das Rekrutirungsgesetz, welches festsetzt, daß in dem Zeitraum von 1860 bis 1870 die Zahl der jährlich auszuhebenden Rekruten 5800 betragen soll, mit 45 gegen 42 Stimmen angenommen.

Oesterreich.

Wien, 6. Febr. [Zur orientalischen Frage.] Die „Debatte“ erfährt, daß nach dem Vorgange Preußens nunmehr auch die russische Regierung sich entschlossen habe, die von Oesterreich, Frankreich und England in Belgrad gegen die serbischen Rüstungen erhobenen Reclamationen zu unterstützen.

Pest, 5. Febr. [Der König und die Königin] wurden bei ihrer Ankunft vom Volke auf das Herzlichste begrüßt. Man illuminirte freiwillig in allen Straßen. Ein officieller Empfang war ausdrücklich abgesagt worden.

Schweiz.

Bern, 1. Febr. [Ueber die hannoverschen Flüchtlinge] schreibt man der „K. Z.“ von hier Folgendes: Meine Ihnen bereits vor acht Tagen gemachte Mittheilung, die in der Schweiz weilenden flüchtigen Hannoveraner hätten von ihren Obern Ordre zur Uebersiedelung nach Frankreich erhalten, ist inzwischen bereits thatsächlich bestätigt worden. Laut den Angaben im „Bund“ sind die angesammelten Truppen am 23. des vorigen Monats nach Frankreich hinübergeführt. Ebenso berichtet man aus Lissach, Brugg, Aarau und Zug, daß die Abreise der Hannover, welche diesen Ortschaften zugetheilt gewesen waren, bereits erfolgt sei. Es sollen ihnen österreichische Pässe kurz vor ihrer Abreise aus der Schweiz zugestellt worden sein. Ein gewiß auffallendes Factum ist es, daß der hiesige österreichische Gesandte, Ritter von Zumlauf, von diesen Pässen auch nicht ein Wort gewußt hat. Somit müssen dieselben ihnen direct von Wien aus zugestellt worden sein.

[Für Ostpreußen.] In Zürich wird — muthmaßlich am 11. d. Mts. — eine von den Studirenden der Universität des Polytechnicums zu Gunsten der nothleidenden Ostpreußen veranstaltete theatralische Vorstellung stattfinden, zu welcher Professor Kinkel einen Prolog dichten wird.

Amerika.

New-York, 22. Jan. [Das Repräsentantenhaus] nahm gestern mit 123 gegen 45 Stimmen die Bill an, welche bestimmt, daß in den früheren rebellischen Staaten keine gesetzliche Civilregierung bestehen dürfe, deren Anerkennung durch die National-Executive verbietet, die dem Präsidenten durch die Reconstructions-Acte zustehende Gewalt, Militärpersonen zu ernennen und abzusetzen, aufhebt und sie dem Generalissimus der Armee überträgt, und die es schließlich für ungesetzmäßig erklärt, wenn der Präsident die National-Armee und Marine zu dem Zwecke verwendet, um die Autorität der bestehenden provisorischen Staaten-Regierungen zu befestigen oder der Ausübung der Reconstructions-Acte Widerstand zu bieten.

[Finanzielles.] Das Conferenz-Comite über Anti-Contraction empfiehlt dem Staate die Bill des Repräsentantenhauses anzunehmen, welche die Befugniß des Finanzministers, die Geldwährung zu vermindern, nur suspendiren, statt gänzlich aufheben will.

[General Meade] hat angezeigt, daß in dem Staatsschatze von Georgia keine Fonds gefunden worden sind, erklärt aber gleichzeitig, die Gehälter der Beamten, welche aus dem Staatsschatze gezahlt werden, suspendiren zu wollen, wenn es sich erweisen sollte, daß Staatsbeamte die Schatzgelder bei Seite geschafft haben.

[Neger als Beamte.] Die Convention von Florida hat zu ihrem Präsidenten und Seeretair Weiße, zu den übrigen Aemtern Neger gewählt.

[Aus Mexico.] Die Nachrichten aus Vera-Cruz reichen bis zum 16ten. Sisal befindet sich noch immer in der Blokade. Juarez hat Yucatan in Belagerungszustand gesetzt. Wie verlautet, sind in Havannah 20,000 Gewehre für die Insurgenten eingeschifft worden.

Das Resultat der Abstimmung für die Präsidentschaft der Republik wird wie folgt angegeben: Juarez 7422, Porfirio Diaz 2709, G. Ortega 57, verlorene Stimmen 192, zusammen 10,380 Stimmen. Die Abstimmung für die Besetzung der Präsidentenstelle des obersten Gerichtshofes hatte zu keinem Resultate geführt und hat daher die Ernennung durch den Congreß stattgehabt. Lerdo de Tejada erhielt 74, Porfirio Diaz 45 Stimmen. Es hat also Lerdo de Tejada und mit ihm die Politik des Juarez triumphirt.

Zum Nothstande.

Der Artikel in Nr. 31 über die Verpflanzung von Arbeitern aus Ostpreußen nach Oberschlesien, und der Artikel in Nr. 49 — Nothstandsfragen — Ihrer Zeitung haben mich veranlaßt, Nachstehendes zu schreiben und Sie zu ersuchen, diese meine Zeilen, gegründet auf Erfahrungen aus den Nothstandsjahren 1846 bis 50 in Oberschlesien, in Ihre Spalten aufzunehmen.

Wenn gleich die gute Absicht nicht zu verkennen ist, welche der Verpflanzung von Arbeitern aus Ostpreußen nach Oberschlesien zu Grunde liegt, so sind die Gründe dagegen in dem Artikel in Nr. 31 der „Breslauer Zeitung“ bereits und treffend erörtert worden, doch würde ich diesen noch einen hinzufügen wenn ich behaupte, daß die guten, fleißigen Arbeiter der Provinz Ostpreußen verloren gegangen, und daß diese in Oberschlesien festen Fuß fassen werden und nur die schlechten, faulen Arbeiter, an denen dem Kreise nichts gelegen, in denselben zurückkehren werden. Ein Artikel aus Zabrze vom 27. v. M. in Nr. 49 dieser Zeitung spricht dafür.

Ich will nicht erörtern, was die Schuld dieser Hungersnoth ist und wer sie trägt; dieses Thema zu bearbeiten, behalte ich mir noch vor, doch so viel steht fest, daß sie nicht die Folge der letzten Mißernte allein ist und daß Bodenbeschaffenheit und die ländliche Bevölkerung, besonders die arbeitende Klasse, eine bedeutende Schuld tragen. Im Augenblicke ist politisiren nutzlos, jetzt heißt es retten, was noch zu retten ist, helfen, wo nur geholfen werden kann. Besser einen unterstützen, der es nicht bedarf, als einen Bedürftigen nicht unterstützen, dabei aber ist der Grundsatz stets und fest im Auge zu behalten, daß jede Unterstützung, besonders Staatsunterstützung, an Arbeitsfähige, bei vorhandener Arbeit demoralisirt. Hätte ich einen Vorschlag zu macheu, wie auf eine wirksame Art der Provinz unter die Arme zu greifen wäre, so würde meine unvorgreifliche Ansicht folgende sein.

A. Verwendung der vom Staate gewährten Geldmittel.

1. Ueberweisung von Capitalien zum Bau von Chausseen und Straßen.
2. Ueberweisung von Capitalien an Fabrikbesitzer und größere Arbeitsgeber.
3. Ueberweisung von Capitalien an die Vorschuß-Vereine.
4. Ueberweisung von Capitalien zum Ankauf von Saat-Getreide und Kartoffeln.

Der Bau der Chausseen und Straßen liefert Arbeit und Erwerb und wenn diese Straßen fertig sind, erleichtern und heben sie den Verkehr. Der Fabrikbesitzer kann durch das gebotene Capital die Fabrik im Betriebe erhalten, er kann den Arbeiter beschäftigen, doch muß er aus dem augenblicklichen Nothstande nicht Capital machen wollen, im Gegentheil er muß eben, weil der Nothstand ist, den Arbeiter besser bezahlen. Durch die Vorschußvereine werden den Handwerkern in den Städten die nöthigen Mittel zugeführt und was wird durch den Ankauf von Saatgetreide aus fernen Gegenden nicht gewonnen und der Provinz für die Zukunft geholfen, von welchem unendlichem Erfolge wird der Saamenwechsel nicht sein? Rathsam wäre es, den landwirthschaftlichen Vereinen wenigstens die Wahl der Gegend zu überlassen, wo das Saatgetreide gekauft werden soll, weil, wenn Saamenwechsel von Nutzen sein soll, auf die Bodenbeschaffenheit Rücksicht genommen werden muß. Die Mitglieder der landwirthschaftlichen Vereine werden mit Hilfe der Orts- und Polizeibehörden dafür sorgen, daß dieses ihnen zur Saat gelieferte Getreide auch nur dazu verwendet werde, die Rückgewähr dieses Saatgetreides müßte in seinem Geldwerthe im Verlaufe von 5 Jahren mit der Steuer erfolgen.

B. Verwerthung der von Privaten gegebenen Geldmittel.

1. Unterstützung aller Hilfsbedürftigen, so lange Arbeit und Erwerbsquellen nicht geschaffen, bestehend
   a. in Vertheilung von Naturalien, die in der Provinz angekauft werden, da dadurch indirect auch der Geschäftsmann unterstützt wird;
   b. in Suppenanstalten;
   c. in Bewahr- und Pflegeanstalten für Kinder.
2. Unterstützung der arbeitsunfähigen Unterstützungsbedürftigen, n. b. wenn Arbeit vorhanden.
3. Unterstützung der Handwerker durch Anfertignng von Bekleidungsgegenständen, wozu die Rohstoffe in den bedrängten Kreisen gekauft werden müssen, um auch den Fabrikanten indirect zu helfen.

Die Unterstützungen ad B. müssen gut organisirt, richtigen, treuen und gewissenhaften Menschen übergeben werden, da die Erfahrung gelehrt hat, wie die beste Absicht an der unrichtigen Wahl der betreffenden Persönlichkeit gescheitert ist. Den verhungerten Menschen, vorzugsweise den Kindern, ist die bessere und geregelte Nahrung sparsam zuzuführen, die Natur muß sich erst an diese Nahrung gewöhnen, ein entgegengesetztes Verfahren hat Krankheit, oft den Tod zur Folge. Man muß das aus eigener Anschauung kennen gelernt haben.

Ist Arbeit geschaffen, so muß den Arbeitsfähigen jede Unterstützung sofort entzogen werden und will er nicht arbeiten, so mag er hungern und zu Grunde gehen. Diese Maßregel ist mit eiserner Consequenz durchzuführen, alles Mitgefühl bei Seite zu setzen, wenn der Provinz nachhaltig geholfen werden soll. Von Seiten der Polizei müßten diejenigen Wirthe, welche ihre Dienstboten ohne Kündigung entlassen haben, angehalten werden, das entlassene Dienstporsonal wieder aufzunehmen.

Ich bin zwar nicht Egoist, bin aber auf Grund bereits gemachter Erfahrungen von der Ueberzeugung durchdrungen, daß auf diesem Wege eine sichere und nachhaltige Hilfe geschaffen werden kann und wünschte blos noch 10 Jahre zu leben, um mich überzeugen zu können, daß, wenn auch viele meiner dort wohnenden Mitmenschen zu Grunde gehen werden, dieser Nothstand die denselben Ueberlebenden klüger machen und Ostpreußen vor einem ähnlichen Nothstande sicher sein wird. Das gebe Gott.

[Militär-Wochenblatt.] Loof, Pr.-Lt. von der 6. Art.-Brig., als Adjut. zur 10. Art.-Brig. commandirt. Böhmer, Port.-Fähnr. von der 5. Art.-Brig., zum außeretatsm. Sec.-Lt. befördert. Grieß, Major von der 5. Art.-Brig. und Art.-Off. vom Platz in Thorn, mit Pens. nebst Aussicht auf Civilversorgung und der Unif. der 3. Art.-Brig., v. Willich, Hauptm. und Battr.-Chef von der 5. Art.-Brig., als Major mit Pens. nebst Aussicht auf Anstellung in der Gendarmerie und seiner bisherigen Uniform der Abschied bewilligt. Gutsche, Zahlm. beim 1. Bat. 2. Schles. Gren.-Regts. Nr. 11, der erbetene Abschied mit Pens. ertheilt. Stubenrauch, Schulze, v. Koppy, v. Pawelsz, Dittmer, Koebcke, v. Reiche, Holzhauer, v. Kyckbusch, Braunschweig, Becks, Unter-Lts. zur See, zu Lieutenants zur See befördert.

Literarisches.

= **Ilka.** Eine ungarische Dorfgeschichte von Carl Schröter. Berlin, 1868. Verlag von Otto Janke.

Die Grundlage dieser einfachen Herzensgeschichte bilden die, aus des unglücklichen Lenau Nachlaß herrührenden, von Anastasius Grün herausgegebenen Verse:

> Wildverwachs'ne dunkle Fichten,
> Leise klagt die Quelle fort:
> Herz, das ist der rechte Ort
> Für dein schmerzliches Verzichten! —

Der Verfasser schildert uns schlichte Menschen, wie sie in Ungarn, diesem uns fast völlig unbekannten Lande leben, beschreibt ihre Sitten und Gebräuche, geleitet uns in das „Herrenzimmer“ eines Dorfes, und führt uns alsdann, im Gegensatz dazu, über die Pußta in eine einsam stehende Haideschenke. Wir machen die Bekanntschaft ehrsamer Dorfbewohner, umherziehender Zigeuner, zerlumpter Betyáren, Schneider, Handelsjuden und vermögender Hofbesitzer. Wie die bunten Steinchen in einem Kaleidoscop, dreht sich Alles in stetem Wechsel, Lachen und Weinen, Schmerz und Freude, Todten- und Hochzeitsschmaus, — und wie eine gütige Fee, wie ein fromm waltender Engel tritt uns überall entgegen, das herzige Kind des Dorfes: Ilka! — In einer Darstellungsweise, der feinen Zeichnung und der sorgfältigen Detailmalerei, erinnert der Erzähler lebhaft an Theodor Storm; möge er nur die allzugroße Einfachheit dieses, besonders bei Damen beliebten Dichters, nicht zu der seinigen machen, und in einem folgenden Werke, um mit Franziska von Hohenheim zu reden, mit „glühenden Ketten“ den Leser zu fesseln.

Provinzial-Zeitung.

≏ **Breslau**, 5. Februar. [Schwurgericht.] Die Staatsanwaltschaft vertrat Staatsanwalt Fuchs. Die Vertheidigung führte R.-A. Lent.

Der herzogliche Waldwärter August Ilbich aus Neurode ertappte in der Nacht des 8. Decembers 1865 einige Holzdiebe bei ihrer Arbeit. Er erkannte in zweien derselben mit Bestimmtheit einen gewissen Carl Friemel und einen gewissen Carl Raak. Später hörte er aus anscheinend glaubwürdiger Quelle, daß auch die Pischel'schen Eheleute betheiligt gewesen sein sollten. In nicht ganz correcter Weise setzte er auch sie auf die Forstliste, welche in Forstsachen die Stelle der Anklage vertritt. Im Audienztermine erschienen die Pischel'schen Eheleute nicht und es wurde deshalb bezüglich ihrer in contumaciam verhandelt; sie wurden in contumaciam der ihnen auf der Forstliste schuldgegebenen Vergehen für geständig erachtet und zu Strafe verurtheilt. Die Beweisaufnahme erstreckte sich hiernach nur noch auf die beiden anderen im Termine erschienenen Angeklagten, bezüglich deren Ilbich seine Aussage abgegeben hatte. Obgleich er nur von den Angeklagten, worunter er die Erschienenen meinte, gesprochen hatte, wurde doch in das Protokoll aufgenommen, daß er sämmliche vier Angeklagte in seiner gerichtlichen Aussage genannt habe und somit die Pischel'schen Eheleute mit betroffen seien. Diese führten jedoch später einen überzeugenden Beweis, daß sie zur Zeit des angeblich von ihnen verübten Diebstahls gar nicht im Forst gewesen seien. Hiernach schien es, freilich nur mit Rücksicht auf den Wortlaut des forstgerichtlichen Protokolls, als ob der Angellagte wissentlich einen Meineid geleistet habe und er wurde auch wegen dieses Verbrechens angeklagt. In der mündlichen Verhandlung kam jedoch der seltene Fall vor, daß und zwar auf Antrag des Staatsanwalts nur der von dem Angeklagten laudirte Entlastungszeuge, ein Forst-Secretair, welcher der forstgerichtlichen Verhandlung amtlich beigewohnt, vernommen wurde, und daß hierauf, wiederum gemäß dem Antrage resp. dem Verzicht des Staatsanwalts die Beweisaufnahme geschlossen war. Von dieser Seite wurde mit Rücksicht darauf, daß nach der Aussage des Zeugen als erwiesen anzunehmen war, daß der Angeklagte nicht von 4 Angeklagten, sondern von den Angeklagten gesprochen hatte, worunter die Pischel'schen Eheleute gar nicht verstanden werden mußten, auf Nichtschuldig plaidirt. Der Vertheidiger wies in einer längeren Rede die Begründung seines gleichfalls auf diese Richtung lossteuernden Antrages nach.

Der Gerichtshof erkannte dem Verdicte der Geschworenen gemäß auf Freisprechung.

Breslau, 6. Januar. [Alte städtische Ressource.] Herr Dr. Steuer begann seinen Vortrag in der gestrigen zweiten Männerversammlung mit der Bemerkung, daß er seine Zuhörer, denen der letzte Vortrag Hrn. Dr. Steins Breslaus Leben in den letztvergangenen Jahrzehnten ins Gedächtniß zurückgerufen, in eine weitentlegene Culturperiode, in das 13. bis 14. Jahrhundert führen, und ihnen das Bild eines damaligen Markttages in einer größeren Stadt Süddeutschlands aufrollen wolle*). Der Abendvorsitzende Hr. Dr. med. Hennes sprach dem Redner den Dank der Gesellschaft für das interessante Bild aus dem Leben unserer Vorfahren aus und ging dann zum Fragekasten über, der indeß nur eine Frage enthielt, welche dahin lautete: „Warum hat der größte Theil der nationalliberalen Abgeordneten für die Verträge mit den Depossedirten gestimmt? Da sich auf mehrfache Aufforderung kein Beantworter meldete, also kein Nationalliberaler anwesend schien, beantwortete der Vorsitzende die Frage in längerer Auseinandersetzung dahin, doß die Hauptredner Miquel und Twesten nach Anführung der gewichtigsten Gründe gegen die Annahme der Verträge, dennoch dafür gestimmt haben, um einen eingebildeten Conflict zu vermeiden und Herrn Grafen Bismarck nicht zu dem angekündigten und gefürchteten Rücktritt von seinem Posten zu veranlassen, sprach sich über den Conflict der 60er Jahre aus, der ihn eben so wenig betrübt als dessen Lösung ihn gefreut habe, nach der alles politische Leben eingeschlafen sei. Die beste Entkräftung der nationalliberalen Furchtgründe habe Lasker geliefert, der diesmal consequent auch gegen die Verträge gestimmt habe. Schließlich zeigt Hr. Hofferichter noch an, daß die Männerversammlungen von nun an allvierzehntäglich stattfinden werden.

*) Der Hr. Referent hat einen so umfangreichen Auszug des Vortrages geliefert, daß uns der Raum zur Aufnahme mangelt. Red.

T. **Breslau**, 6. Februar. [Verein für naturwissenschaftliche Unterhaltung.] In einem früheren Referate wurde des erfreulichen Aufblühens dieses jungen Vereins schon gedacht; wir können nun neuerdings die Thatsache berichten, daß das vom Restaurateur Herrn Kiesling, Junkernstraße bereitwilligst eingeräumte Zimmer für die Anzahl der Mitglieder, die in den Vereinssitzungen regelmäßig erscheinen, nicht mehr ausreichte, und der Verein deshalb sich gezwungen sah, für die Folge seine wöchentlichen Versammlungen (Montags 7½ Uhr Abends) in der Conditorei des neuen Börsengebäudes abzuhalten, welche zu diesem Zwecke in zuvorkommendster Weise überlassen wurde.

Seit dem letzten Berichte wurden u. A. folgende Vorträge gehalten, über die „natürlichen und künstlichen Systeme der Vögel“, über die „Oertlichkeit des Sommeraufenthalts des Heuschreckenfängers“, über „reguläre, irreguläre und sporadische Wanderungen der Vögel“; ferner kam zum Vortrage eine „natur- und arzenei-wissenschaftlich-topographische Skizze der Assistent-Residentin „Agam“ an der Nordwestküste von Sumatra“, dann ein „Reisebericht, den Ganges hinauf bis Benares“ und eine „naturwissenschaftliche Reise in den Vereinigten Staaten“; dann ein Vortrag über: „Haben die Thiere blos Instinkt, oder auch Verstand“, weiter über die „Unzuverlässigkeit der Aufstellung einer Art nach bloßer Färbung des Haar- oder Federkleides“, ferner „demonstrativer Vortrag über die verschiedenen peripherischen Körpertheile und die ihnen entsprechenden im Skelett des Vogels“ u. s. f.

Da es in den Intentionen des Vereins liegt, die Vorträge, wie auch die Verhandlungen über naturwissenschaftliche Gegenstände, die bei der zwanglosen Unterhaltung stattfinden, alljährlich in Form einer Broschüre zu verbreiten, so gelangen im Laufe des Jahres nur ausnahmsweise Vorträge in die Oeffentlichkeit.

Wir können bei dieser Gelegenheit nicht umhin, alle Diejenigen, die einen Zweig der Naturwissenschaft cultiviren, auf die so anerkennenswerthen Ziele dieses Vereins (die Naturwissenschaft zum Gemeingute Aller zu machen), die außerdem in ungezwungener und unterhaltender Weise angestrebt werden, hiermit aufmerksam zu machen.

M **Breslau**, 6. Februar. [Amerikan-Club.] Der letzte von dem Secretair Hrn. Deutschmann und dem Cassirer Hrn. Stahn gelegte Monatsbericht hatte wieder recht erfreuliche Resultate. Die Zahl der Mitglieder, die Mittel der Kasse, die Bändezahl der Bibliothek, sowie das Interesse

n den geschäftlichen und geselligen Versammlunge sind in stetem Steigen begriffen. Letzteres wird nicht blos durch die Pflege der englischen Sprache, sondern auch durch die an jedem geselligen Abende gehaltenen Vorträge bewirkt. Der Monat Januar brachte folgende Vorträge: Hr. Winderlich über Kent Kane's Nordpolfahrt (in 2 Abenden), Hr. Höptner über die Folgen der Entdeckung Amerika's, Hr. Chozner über Shakespeare (je 1 Abend), Hr. Niesing über Hunger und Durst. Aus der Kasse wurde ein Beitrag zur Unterstützung der Nothleidenden in Ostpreußen bewilligt. Als ein sehr wichtiger Zweig der Thätigkeit des Clubs stellt sich das „Auskunfts-Comité" heraus, welches jeden Dienstag Abends 8 Uhr in Ästel's Hotel de Rome tagt und den Zweck hat, allen Personen, welche sich über amerikanische Verhältnisse informiren oder auswandern wollen, unentgeltich Rath zu ertheilen, wozu dieses Comité um so geeigneter ist, als dessen Mitglieder sämmtlich in Amerika gewesen sind, es also in der Lage ist, aus eigener Anschauung seine Rathschläge zu schöpfen. Wie richtig diese Thätigkeit in der Provinz und selbst außerhalb derselben gewürdigt wird, geht aus den zahlreichen brieflichen Anfragen hervor.

⚒ **Königshütte OS.**, 6. Febr. [Explosion.] Leider haben auch wir einen beklagenswerthen Unglücksfall beim Bergwerksbetriebe zu berichten. Gestern Abend zwischen 8 und 9 Uhr wurden im östlichen Felde der Königsgrube in Folge einer Explosion von Nitroglycerin 5 Bergleute getödtet. Auf welche Weise die Explosion entstanden, wird sich mit Bestimmtheit kaum ermitteln lassen, da kein einziger Zeuge des Unglücksfalles mehr am Leben ist. Doch erscheint die Annahme gerechtfertigt, daß irgend eine Unvorsichtigkeit oder eine vorschriftswidrige Behandlung des Nytroglycerin die Schuld daran trägt, um so mehr, als die Verunglückten am Hauptwetterofen des Grubenfeldes, also in unmittelbarer Nähe einer Feuerstätte, über 400 Lachter von ihrem Arbeitspunkte entfernt, vorgefunden wurden. Zu bemerken ist noch, daß der gedachte Wetterofen zwischen dem Fahrschachte und dem Arbeitspunkte der Verunglückten liegt, letztere also höchst wahrscheinlich am Wetterofen mit dem Nitroglycerin irgend welches Experiment vorgenommen haben.

Telegraphische Witterungsberichte vom 6. Februar.

Mrg.	Ort.	Baromet. Pariser Linien.	Therm. Reaum.	Wind, Richtung und Stärke.	Allgemeine Himmels-Ansicht.
6	Memel	328,9	1,9	W., stark.	Bedeckt, Nacht Regen.
7	Königsberg	330,4	2,8	W., Sturm.	Bedeckt.
6	Stettin	334,8	3,9	WNW., Sturm.	Heiter.
—	Ratibor	329,7	1,2	SW., lebhaft.	Bedeckt.
—	Münster	336,6	5,0	SW., mäßig.	Trübe.
—	Trier	335,8	2,7	W., stark.	Trübe.
7	Flensburg	334,4	3,4	W., stark.	Fast heiter.
8	Paris	—	—	—	—
—	Haparanda	327,1	—13,4	SO., mäßig.	Bedeckt.
—	Helsingfors	—	—	—	—
—	Petersburg	—	—	—	—
—	Moskau	—	—	—	—
—	Stockholm	324,5	1,2	W., schwach.	Fast heiter.*)
—	Skudesnäs	—	—	—	—

*) Gestern und in der Nacht Schnee.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 6. Febr. 10 U. Ab.	330,43	+3,6	W. 4.	Ueberwölkt.
7. Februar 6 U. Mrg.	331,34	+2,4	W. 4.	Trübe.

Breslau, 7. Febr. [Wasserstand.] O.-P. 18 F. — Z. U.-P. 6 F. 11 Z. Eisstand.

Telegraphische Depeschen

aus dem Wolff'schen Telegraphen-Bureau.

Florenz, 6. Februar. Der Abgeordnete Cappellari ist zum Berichterstatter des Gesetzentwurfes betreffend die Mahlsteuer, ernannt. — Aus Genua wird gemeldet, daß das amerikanische Geschwader unter Führung des Admirals Farragut daselbst eingetroffen ist.

Florenz, 6. Februar. Die „Italienische Correspondenz" dementirt die Nachricht, daß der hiesige spanische Gesandte einen Urlaub antreten werde. — Die Gemeindebehörden von Turin haben anläßlich der Verlobung des Kronprinzen Glückwunschadressen an den König, den Kronprinzen und die Prinzessin Margareth gerichtet.

„Nazione" meldet, daß der Kronprinz nach seiner Vermählung zunächst einen einmonatlichen Aufenthalt in Florenz nehmen und dann eine Rundreise durch die bedeutendsten Städte des Landes antreten werde.

Florenz, 6. Febr., Abends. Die „Gazette uffiziale" publicirt die Ernennung Gualterios zum Minister des königlichen Hauses. Die Discussion über den Etat des Unterrichtsministeriums wurde in der Deputirtenkammer fortgesetzt. Der Deputirte Caioli interpellirt die Regierung wegen der Unterhandlungen, betreffend die Rückerstattung mehrerer Dokumente und Kunstgegenstände, welche die österreichische Regierung aus Mailand und Venedig fortgeführt hatte. Der Ministerpräsident Menabrea erwiederte, daß die hierüber schwebenden Unterhandlungen ein günstiges Resultat hoffen lassen. Farini verlangt, daß auch die von dem Herzog von Modena fortgeführten und der Nation zugehörigen Kunstgegenstände zurückgefordert würden. Es wurden darauf die folgenden 29 Kapitel des Unterrichtsetats genehmigt.

Paris, 6. Febr., Abends. Die „Patrie" schreibt: Die Anwesenheit serbischer Banden auf rumänischem Territorium hat nichts beunruhigendes, zumal es für gänzlich unzuläßig zu halten ist, daß der Fürst Carl die Umtriebe Rußlands in Serbien begünstige. Im gesetzgebenden Körper wurde die Discussion über das Preßgesetz fortgesetzt. Die Amendements Darimonts und Gueroults wurden verworfen.

London, 6. Februar. Aus Newyork wird gemeldet, daß Präsident Johnson die Bill unterzeichnet hat, durch welche die Taxe auf Baumwolle sofort und der Zoll auf fremde Baumwolle vom 1. Nov. ab aufgehoben werden. Ferner hat der Präsident die Bill betreffend den Verkauf der überflüssigen Panzerschiffe vollzogen.

Amsterdam, 6. Februar. Die Resultate der Nachwahlen, welche bis jetzt bekannt geworden sind, ergeben einen kleinen Zuwachs der liberalen Partei.

London, 5. Februar. Ein Telegramm des „Evening Standard" aus Cork berichtet, daß ein Fenier-Complott, welches zum Zwecke hatte, Macroom-Castle anzugreifen, um sich der daselbst befindlichen Waffen der Miliz zu bemächtigen, gerade als die bewaffneten Banden im Begriffe waren, den Angriff auszuführen, vereitelt worden sei. Zwei Individuen, welche als Vorposten vorausgeschickt waren, sind verhaftet, die Hauptmasse der Verschwörer ist zerstreut. (T. B. f. N.)

Lissabon, 5. Februar. Als der König und die Königin nebst Gefolge heute von Villa viciosa nach der Hauptstadt zurückkehrten, kam es zu einem Conflict zwischen der militärischen Escorte und einem lärmenden Volkshaufen. Die Truppen feuerten und verwundeten mehrere Personen. (T. B. f. N.)

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Wolff's Telegr. Bureau.)

Paris, 6. Februar, Nachm. 3 Uhr. Fest. Consols von Mittags 1 Uhr waren 93½ gemeldet. Schluß-Course: 3proc. Rente 68, 70. Italien. 5proc. Rente 43, 75. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Actien 521, 25. Credit-Mobil.-Actien 187, 50. Lomb. Eisenb.-Actien 356, 25. Oesterreich. Anleihe von 1865 pr. cpt. 344, —. 6proc. Ver. St.-Anl. pr. 1882 (ungest.) 81½.

Paris 6. Februar, Nachmitt. 2 Uhr 5 Minuten. [Bankausweis.] Vermehrt: Baarvorrath um 21⅛, Vorschüsse auf Werthpapiere um ½ Millionen Francs. Vermindert: Portefeuille um 42, Notenumlauf um 9⅗, Guthaben des Staatsschatzes um 4½, laufende Rechnungen der Privaten um 1½ Millionen Francs.

London, 6. Februar, Nachmitt. 4 Uhr. Schluß-Course: Consols 93 9/16. 1proc. Spanier 37. Italienische 5proc. Rente 43⅝. Lombarden 14⅜. Mexicaner 16⅛. 5% Russen 87. Neue Russen 86¼. Silber 60 7/16. Türk. Anleihe von 1865 32 11/16. 6proc. Verein. Staaten-Anl. pro 1882 71 15/16. Aus der Bank von England sind heute 77,000 Pfd. St. geflossen.

London, 6. Febr., Abends. [Bankausweis.] Notenumlauf 23,679,380, (Zunahme 204,850), Baarvorrath 21,755,234 (Abnahme 564,391), Notenreserve 11,963,405 (Abnahme 765,585) Pfd. St.

Florenz, 6. Febr., Abends. Italien. Rente 50, 15. Napoleonsdor 22, 93.

Frankfurt a. M., 6. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Schluß-Course: Wiener Wechsel 99⅝. Oesterr. National-Anleihe 54⅞. 6% Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 75⅞. Hessische Ludwigsbahn 131⅜. Baierische Prämien-Anleihe 99⅞. 1854er Loose 62½. 1860er Loose 70½. 1864er Loose 80⅜. — Eher matt, unbelebt. Nach Schluß der Börse: geschäftslos.

Frankfurt a. M., 6. Februar, Abends. [Effecten-Societät.] Beschränktes Geschäft. Amerikaner 75 13/16. Creditactien 186¼. Steuerfreie Anleihe 49⅞. 1860er Loose 70⅞. Staatsbahn 246. Nat.-Anl. 54⅞.

Wien, 6. Febr. [Abend-Börse.] Credit-Actien 186, 80. 1860er Loose 83, 00. 1864er Loose 80, 00. Staatsbahn 246, 10. Steuerfreie Anleihe —, —. Napoleonsd'or 9, 52. Flau.

Hamburg, 6. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Hamburger Staats-Prämien-Anleihe 84¼. National-Anleihe 55¼. Oesterr. Credit-Actien 79⅛. Oesterreichische 1860er Loose 70⅜. Staatsbahn 517½. Lombarden 351½. Italien. Rente 43⅛. Vereinsbank 111. Norddeutsche Bank 119. Rheinische Bahn 115⅛. Nordbahn 95. Altona-Kiel —. Finnländische Anleihe —. 1864er Russische Prämien-Anleihe 96½. 1866er Russ. Prämien-Anleihe 95⅝. 6proc. Verein. St.-Anleihe pr. 1882 69¼. Disconto 1¾ pCt. — Fonds stille. Valuten fest.

Hamburg, 6. Februar, Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco ruhig, auf Termine höher. Weizen per Februar 5400 Pfd. netto 176 Bankothaler Br., 175 Gd., per Februar-März 176 Br., 175 Gld., per Frühjahr 176 Br., 175 Gld. Roggen per Februar 5000 Pfd. Brutto 141 Br. u. Gld., per Februar-März 140 Br., 139 Gld., pr. Frühjahr 138 Br. u. Gld. Hafer stille. Rüböl ohne Kauflust, loco 22, per Mai 22¾, Octbr. 23¼. Spiritus ohne Kauflust, 27¾. Kaffee ruhig. Zink matt. — Wetter kühl und windig.

Liverpool, 6. Februar, Mittags. Baumwolle: 18,000 Ballen Umsatz. New-Orleans 8¼. Georgia 8. Fair Dhollerah 6⅞. Middling fair Dhollerah 6⅝. Good middling Dhollerah 6⅜. Bengal 5⅜. Good fair Bengal 5⅞. Fine Bengal —. New fair Oomra 6⅞. Good fair Oomra 7¼. Pernam 8. Egyptian —. Smyrna 6¾. Schwimmende Orleans 8. Savannah schwimmend —. Steigend.

Newyork, 5. Februar. (Per atlantisches Kabel.) [Wöchentlicher Baumwoll-Bericht.] (Von Jansen, Schmidt u. Ruperti.) Middling Upland per Dampfer nach Liverpool „Cost und Fracht" mit Abzug von 6 pCt. 8⅛ D.

New-Orleans, 5. Februar. (Per atlantisches Kabel.) [Wöchentlicher Baumwoll-Bericht.] (Von Williams, Ruperti u. Comp.) Middling Orleans per Dampfer nach Liverpool „Cost und Fracht" mit Abzug von 6pCt. 8⅛ D., do. pr. Segelschiff 7¼ D. — Zufuhren in den letzten vier Tagen betrugen 20,000, Export 12,000. Vorrath 102,000.

Bremen, 6. Febr. Petroleum. Standard white, loco 5⅙.

Antwerpen, 6. Februar, Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schluß-Bericht.) Weichend. Ruhig. Raffin. Type weiß, loco 40½ bez. u. Br, pr. März 42.

Paris, 6. Febr., Nachmitt. Rüböl pr. Febr. 91, 00, pr. Mai-August 91, 50, pr. September-December 91, 50. Mehl pr. Februar 89, 50, pr. März-April 88, 50. Spiritus pr. Februar 65, 50.

London, 6. Februar, Nachmitt. [Viehmarkt.] Von Hornvieh waren 760 Stück am Markte. Lebhaft. Handel schleppend, fremde Zufuhren sehr klein. Von Schafen waren 4980 Stück am Markte. Gute Frage, fremde Zufuhren klein. — Preise unverändert.

Berlin, 6. Febr. Der festeren Stimmung that der auf heute avisirte „Constitutionel"-Artikel, welcher Rußland ungünstig lauten, sowie die Aeußerungen der „Debatte", daß man gemeinschaftlich gegen die Umtriebe in Serbien vorgehen werde, einigen Abbruch. Indeß legte man auf diese politischen Fernblicke nicht all zu viel Gewicht, und documentirte sich ihr Einfluß nur durch etwas eingeschränkteres Geschäft, als es sonst sich entwickelt hätte. Auf bessere Pariser Course stellten sich Lombarden bei lebhaftem Handel etwas höher, desgleichen Franzosen; ebenso waren die von Wien abhängigen Papiere gut behauptet, so Credit und 1860er Loose, Galizier verkehrten rege und wesentlich erhöht, österreichische Fonds zogen mehrfach an. Von russischen Papieren waren die Prämien-Anleihen etwas herabgesetzt, Pfandbriefe, Liquidations-Pfandbriefe und russische Boden-Credit-Pfandbriefe (76⅝) nahm man in größeren Posten. Italiener bedangen, der Pariser Anregung folgend, wieder mehr bei lebhaftem Geschäft. Amerikaner zeigten sich etwas nachgebend und still. Die fremden Prioritäten waren gefragt, besonders von den russischen Jelez-Woronesch und Kursk-Kiew, auch Fünfkirchner bedangen heute wieder 70¾. Von Eisenbahnen fanden Rheinische, die theurer, am meisten Beachtung, auch Bergische waren nicht vernachlässigt, desgleichen Mainzer, die etwas wichen; Görlitzer hielt man auf dem gestrigen höchsten Course bei gutem Verkehr, Coseler waren matt, ebenso Oberschlesische stärker gedrückt; Köln-Mindener, Stettiner hoben sich um eine Kleinigkeit, Thüringer, und mehr noch Hamburger, profitirten ansehnlich im Course. Bankactien stellten sich mehrfach höher, so preußische Bank, Luxemburger, Leipziger, Braunschweiger, Cassenverein; Moldauer kamen erhöht bei guter Frage in den Handel, ebenso Sächsische zu alter Notiz. Darmstädter hielten sich nicht mehr voll, obwohl man für Dividendenscheine mehrfach und vergeblich 6½ Procent bot. Von preußischen 4½procentigen Anleihen handelte man größere Summen, 4procentige zogen ¼ an, Prämien-Anleihe gab nach. Wechsel behauptet. — Prämie für Amerikaner pr. ult. 76⅝—½, pr. ult. März 77—½, pr. ult. April 77¼—1. (B.- u. H.-Z.)

[Zur russischen Tarif-Revision] wird der „Hamb. Börsen-Halle" weiter berichtet: In den Sitzungen am 25., 27. und 28. Januar behandelte die Tarif-Commission die Positionen Wolle, Wollengespinnst und Wollenfabrikate. Die Experten beschlossen, den unbedeutenden Zoll von 22 Kop. gänzlich aufzuheben. Für gefärbte Wolle soll der bisherige Zoll beibehalten werden. Viele der Experten waren der Meinung, dieser Artikel solle gleich dem Rohmaterial vom Zoll befreit werden. Künstliche Wolle von Abfällen und Wollenlumpen wurden eingehend behandelt. Zum Schutz der inländischen Production wurde eine Zollerhebung von 1 Rub. 20 Kop. per Pud vorgeschlagen; einige der Experten meinten, von künstlicher wie gefärbter Wolle 44 Kop. per Pud zu erheben, weil diese Fabrikate billiger als echte Wolle sind.

Wollengespinnst wollte die Mehrheit mit einem Zoll von 4 Rub. 50 Kop. belegt sehen. Es war die Rede davon, diesen Artikel in zwei Kategorien einzutheilen und die eine einem Zoll von 7 Rub. zu unterwerfen. Schließlich entschied man sich für 6 Rub. von jeder Gattung.

In Betreff der Baumwollwaaren wurde am 27. von Tüll, Spitzen ꝛc. der Zoll festgestellt, eben so von Plüsch. Bei der Behandlung der Gewebe (Baumwollen-) triumphirten unsere schutzzöllnerischen Fabrikanten über die „Engländer" (so nennen die Protectionisten unsere russischen Importeure), indem sie jede Zollermäßigung zurückwiesen und sogar eine Zollerhöhung beantragten.

Am 28. war die zweite Sitzung, in welcher der Artikel Wolle behandelt wurde. Man las alle einschlägigen Gutachten und Auslassungen über Tricot u. s. w. vor. Der Vorsitzende der Commission, Butowski, stellte die Frage: welches wohl der rationellste Zoll sei, der erhoben werden solle. Die Mehrheit erklärte sich für einen gleichmäßig von allen Sorten dieses Artikels zu erhebenden Zoll. Einer von den bedeutendsten Moskauer Fabrikanten meinte, die entsprechende Höhe des Zollansatzes könnte nur auf einem gewissen Procentverhältniß zum Werthe der Waare basirt sein, weshalb eine vorgängige Feststellung desselben erforderlich sei. Ein Zoll im Betrage von 30 Procent des Werthes wäre hinreichend, die vaterländische Industrie vor übermäßiger Concurrenz zu schützen. Viele Fabrikanten unterstützten diesen Vorschlag. Die Sitzung wurde hierauf bis Donnerstag vertagt, wo Proben vorgelegt werden sollten, um die Zölle oder einen gleichmäßigen Zoll festzustellen.

[Zum deutschen Wechselrecht.] Bezüglich der Feststellung des Umstandes, daß der Acceptant eines Wechsels am Zahlungsort sich nicht aufhalte und die Nachforschung bei der Polizeibehörde durch den protestirenden Notar, hat sich das Ober-Appellationsgericht zu Dresden wie folgt ausgesprochen: „Nach Art. 91 der Allgemeinen deutschen Wechselordnung tritt die Nothwendigkeit einer durch den protestirenden Beamten bei der Polizeibehörde vorzunehmenden Nachfrage nach der Wohnung oder dem Geschäftslocal des Trassaten nur dann ein, wenn an einem bestimmten Orte die Wohnung oder das Geschäftslocal desselben überhaupt nicht zu ermitteln oder der Trassat an dem fraglichen Orte ganz unbekannt, es mithin auch ungewiß ist, ob er dort eine Wohnung oder eine Geschäftslocalität hat oder gehabt hat. Wenn aber der Wechselinhaber bei der Auffuchung des Tassaten in seiner bisherigen unbestrittenen Wohnung oder Geschäftslocalität von den übrigen Hausgenossen resp. sonst genau Unterrichteten die bestimmte Auskunft erhält, daß der Trassat nicht nur seine bisherige Wohnung und Geschäftslocalität, sondern auch seinen bisherigen Wohnort verlassen hat, so erscheint ein Nachforschen bei der Ortspolizeibehörde, welches für den Fall ja durch Art. 91 der Allgemeinen Deutschen Wechsel-Ordnung seinem Wortlaut nach gar nicht geboten ist und auch zu keinem weiteren Erfolge führen würde, durchaus überflüssig." Es stimmt diese Entscheidung mit dem überein, was das hiesige Obertribunal in seinem Erkenntniß vom 5. October 1858 (Striethorst Archiv Bd. 29, S. 357, Borchard Wechsel-Ordnung 4. Aufl. S. 427) angenommen hat. Wenn dem entgegen dennoch von dem protestirenden Notar Nachfrage bei der Polizeibehörde gehalten wird, so findet dies seinen gerechtfertigten Grund darin, daß die Auskunft, welche in der früheren Wohnung des Acceptanten ertheilt wird, häufig eine sehr unzuverlässige ist, und der Notar auch gegen sich die Pflicht hat, gegen jeden möglichen Regreß sich zu sichern. (B. B. Z.)

[Außergerichtliche Regulirung Ueberschuldeter.] Bei außergerichtlichen Regulirungen überschuldeter Personen ist es bekantlich häufig vorkommend, daß die Verwandten des Schuldners die Verpflichtung übernehmen, falls das angestrebte außergerichtliche Arrangement zu Stande kommen sollte, dem Gläubiger auf seine Forderung einen bestimmten Procentsatz zu gewähren. Später suchen sich dann die Verwandten der übernommenen Verpflichtung zu entziehen und ist ein üblicher Einwand der, daß das Arrangement nicht mit sämmtlichen Gläubigern zu Stande gekommen sei. In Uebereinstimmung mit dem Stadtgericht hat das Kammergericht einem solchen Abkommen die Auslegung gegeben, daß es nicht darauf ankäme, ob mit allen Gläubigern ein Vergleich zu Stande gekommen sei, und daß in dieser Beziehung dem Kläger eine Beweislast nicht aufgebürdet werden könne; entscheidend sei vielmehr nur, ob der Ausbruch des Concurses vermieden sei; wenn dies der Fall sei, wäre die Bedingung, unter welcher die hülfreichen Verwandten Zahlung versprochen hätten, eingetreten.

Berliner Börse vom 6. Februar 1868.

Fonds und Geld-Course.

	Zf.	Cours
Freiw. Staats-Anl.	4½	95¼ G.
Staats-Anl. von 1859	5	103¼ bz.
dito 1854.55.57	4½	95¼ G.
dito 1859	4½	95¼ G.
dito 1856	4½	95⅜ G.
dito 1864	4½	95¼ G.
dito 1867	4½	95¼ bz.
dito 1850/52	4	89¼ bz.
dito 1853	4	89¼ bz.
dito 1862	4	89¼ bz.
Staats-Schuldscheine	3½	83½ bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	115¼ bz.
Berliner Stadt-Oblig.	4½	96 B.
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	76¼ bz.
Pfandbriefe: Pommersche	3½	76⅛ bz.
Pfandbriefe: Posensche	4	— — —
Pfandbriefe: dito	3½	— — —
Pfandbriefe: dito neue	4	84⅞ bz.
Pfandbriefe: Schlesische	3½	83½ B.
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	90⅛ G.
Rentenbriefe: Pommersche	4	90¼ bz.
Rentenbriefe: Posensche	4	89 G.
Rentenbriefe: Preussische	4	88⅝ bz.
Rentenbriefe: Westph. u. Rhein.	4	92¾ bz.
Rentenbriefe: Sächsische	4	90½ bz.
Rentenbriefe: Schlesische	4	90½ bz.

Louisd'or 112¼ bz. Oest. Bk. 85⅞ bz.
Goldk. 9. 10 G. Poln. Bkn. — — —

Ausländische Fonds.

	Zf.	Cours
Oesterr. Metalliques	5	48¾ à 49 bz.
dito Nat.-Anl.	5	56¾ bz. u. G.
dito Lot.-A.v.60	5	71 bz.
dito dito 64	—	46 etw. bz.
dito 54er Pr.-A.	4	65 etw. bz.
dito Eisenb.-L.	—	73¾ G.
Ital. neue 5proc. Anl.	5	43¾ à ⅞ bz.
Russ.-Engl. Anl. 1862	5	85⅜ à ½ bz.
dito Poln.-Sch.-Obl.	4	64¼ G.
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	58 à ⅛ bz.
dito Liqu.-Pfandbr.	4	50½ bz.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	95 bz.
dito à 300 Fl.	5	91¾ G.
Kurhess. 40 Thlr. Obl.	—	53¾ G.
Baden. 35 Fl. Loose	—	29½ B.
Amerikan. St.-Anl.	6	76⅜ à ¼ bz.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

	Zf.	Cours
Berg.-Märkische	4½	— — —
dito II.	4½	95¼ bz. u. B
dito IV.	4½	— — —
dito III. v. St. 3½ g.	3½	77 bz.
Cöln-Minden	4½	98 bz. u. B.
dito II.	5	102½ B.
dito	4	84½ B.
dito III.	4	83 G.
dito	4½	93¾ G.
dito IV.	4	83¼ B.
dito V.	4	83¼ B.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4½	82½ B.
dito III. Em.	4	— — —
dito IV. Em.	4½	85½ bz. u. G
Gal. Ludwigsb.	5	81¼ G. u. 77½ B
Niederschl.-Märk.	4	88¼ B.
dito conv.	4	88¼ B.
dito III.	4	85¾ bz.
dito IV.	4½	95 G.
Ndschl. Zweigb. L. C.	5	100½ G.
Oberschles. A.	4	— — —
dito B.	3½	77½ B.
dito C.	4	85 G.
dito D.	4	85 G.
dito E.	3½	77 G.
dito F.	4½	— — —
dito G.	4½	92 B
Oesterr.-Franz.	3	261 bz. u. G.
Oesterr. südl. St.-B.	3	209½ bz.
Rhein. v. St. gar.	4½	— — —
Rhein-Nahe-B gar.	4½	93¼ B.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

	Dividende pro 1865.	1866.	Zf.	Cours
Aachen-Mastrich	—	—	4	28⅞ bz.
Amsterd. Rottd.	7¼	4¾	4	100 etw. bz.
Berg.-Märkische	9	8	4	135 bz.
Berlin-Anhalt	13	13¼	4	210¾ G.
Berlin-Görlitz	—	—	4	81 bz.
dito St.-Prior.	—	—	4	97¼ bz.
Berlin-Hamburg	9½	9	4	163¼ bz.
Berl.-Potsd-Mgd.	16	16	4	197 bz.
Berlin-Stettin	8	8 7/12	4	136⅞ bz.
Böhm.-Westb.	—	5	5	63½ bz
Breslau-Freib.	9	9⅙	4	118¾ bz.
Cöln-Minden	17⅔	9	4	135⅛ bz.
Cosel-Oderberg	2¼	2⅛	4	80¾ bz.
dito St.-Prior.	—	4½	4½	86¾ G.
dito dito	—	5	5	90⅞ bz.
Galiz. Ludwigsb.	5	—	5	87½ G.
Ludwigsh. Bexb.	18	10⅔	4	149½ bz.
Magd.-Halberst.	15	—	4	168 bz.
Magd.-Leipzig	20	—	4	203 B.
Mainz-Ludwgsh.	8	—	4	127⅜ bz. u. G.
Mecklenburger	3	3	4	75½ bz.
Neisse-Brieger	5 5/12	—	4	90 G.
Niedrschl.-Märk.	—	4	4	87¾ bz.
Niedrschl. Zwgb.	3⅔	5	4	76½ B.
Nordbahn, Hess.	4	—	4	— — —
Oberschl. A.	11⅔	12	3½	185⅛ bz.
dito B.	11⅔	12	3½	165 bz.
dito C.	11⅔	12	3½	185⅛ bz.
Oest.-Fr. St.-B.	5	—	5	140⅜ à ⅝ à ½ bz.
Oestr. südl. St.-B.	7½	—	5	95⅛ à ½ à ⅛ bz.
Oppeln-Tarnow.	3¼	—	5	73¾ bz.
R. Oderuf. St.-A.	—	—	5	73¾ bz.
R. Oderuf.-St.-Pr.	—	—	5	88¼ bz.
Rheinische	7	—	4	116½ bz. u. G.
dito Stamm-Pr.	7	—	4	— — —
Rhein-Nahebahn	—	0	4	30¼ bz.
Stargard-Posen	4½	4½	4½	93¼ B.
Thüringer	—	—	4	132½ G.
Warschau-Wien	8½	[illegible]	5	58¼ bz.

Bank- und Industrie-Papiere.

	1865	1866	Zf.	Cours
Berl. Kassen-V.	8¼	12	4	158 G.
Braunschw. B.	—	0	4	97 bz.
Bremer Bank	6½	8	4	115¼ G.
Danziger Bank	7 3/10	8	4	109 G.
Darmst. Zettelb.	7½	4	4	96 B.
Geraer Bank	7⅝	7⅜	4	99¾ B.
Gothaer „	7½	5	4	89¼ B.
Hannoversche B.	4	5⅕	4	76 B.
Hamb. Nordd. B.	9	8½	4	118 bz.
„ Vereins-B.	8 19/32	10 3/16	4	110¾ G.
Königsberger B.	6½	7 7/10	4	111½ G.
Luxemburger B.	6	6	4	81¼ bz. u. G.
Magdeburger B.	5½	5	4	90½ bz.
Posener Bank	6½	7½	4	98 G.
Preuss. Bank-A.	10 14/15	13⅛	4½	154⅞ bz.
Thüringer Bank	4	4	4	64½ G.
Weimar	6½	4¼	4	85 B.
Berl. Hand.-Ges.	8	3	4	109¾ B.
Coburg. Credb.A.	8½	4	4	70¼ B.
Darmstädter „	8½	6½	4	86¼ bz.
Dessauer „	—	0	—	2¼ B.
Disc. Com.-Anth.	6½	8	4	108⅞ bz.
Genfer Credb.-A.	—	0	4	23⅛ bz. u. G.
Leipziger „	4	—	4	88¾ bz.
Meininger „	7	—	4	89¾ etw. bz. u. G.
Moldauer Lds.-B.	—	—	4	20 bz. u. G.
Oest. Credb.-A.	4½	—	5	79⅞ à 80 bz.
Schl. Bank-Ver.	7½	7½	4	112 B.
Minerva	1	—	5	34½ bz. u. G.
Fbr. v. Eisenbdf.	5½	10	5	132 bz.

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	10 T.	143½ bz.
dito dito	2 M.	143 bz.
Hamburg 300 Mk.	8 T.	151½ bz.
dito dito	2 M.	151 bz.
London 1 Lstr.	3 M.	6. 24 bz.
Paris 300 Frcs.	2 M.	81⅙ bz.
Wien 150 Fl.	8 T.	85⅝ bz.
dito	2 M.	85⅛ bz.

Augsburg 100 Fl.	2 M.	56. 24 G.
Leipzig 100 Thlr.	8 T.	99⅝ G.
dito dito	2 M.	99 5/12 G.
Frankfurt a. M. 100 Fl.	2 M.	56. 28 G.
Petersburg 100 S.-R.	3 W.	93¼ bz.
dito dito	3 M.	91⅞ bz.
Warschau 20 S.-R.	8 T.	84½ G.
Bremen 100 Thlr. Gold	8 T.	111½ bz.

Berlin, 6. Februar. Weizen loco 90—107 Thlr. pro 2100 Pfd. nach Qualität. — Roggen loco 77—78pfd. 77—78½ Thlr. bez. — Rüböl loco 9⅞ Thlr. bez. — Spiritus loco ohne Faß 19½ Thlr. bez., pro Febr. und Febr.-März 19⅔—13/24—⅝ Thlr. bez., April-Mai 19 11/24—11/12 Thlr. bez. und Gld., 20 Thlr. Br., Mai-Juni 20 1/12—⅙—1/12 Thlr. bez., Juni-Juli 20 7/12—1½—½ Thlr. bez., Juli-Aug. 20⅞—⅚ Thlr. bez.

Breslau, 7. Februar. Am heutigen Markte erschwerten neuerdings höher Forderungen das Geschäft, die Kauflust war ruhig, Preise gut behauptet.

Weizen behielt matte Stimmung, pr. 84 Pfd. schlessischer weißer 108—120 Sgr., gelber 106—117 Sgr., feinste Sorte 2—3 Sgr. über Notiz bezahlt. — Roggen gut preishaltend, in feiner Waare schwach angeboten, pr. 84 Pfund 90—95 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Gerste ruhiger, pr. 74 Pfund gelbe 60 bis 61 Sgr., helle 62—64 Sgr., weiße 65—67 Sgr., feinste Sorte über Notizbezahlt. — Hafer, preishaltend, pr. 50 Pfund 41—43 Sgr., feinste Sorte 2—3 Sgr. über Notiz bez. — Erbsen wenig angeboten. — Wicken gefragt, pr. 90 Pfd. 63—68 Sgr. — Oelsaaten in matter Stimmung. — Lupinen beachtet, pr. 90 Pfund gelbe 42—46 Sgr., blaue 40—44 Sgr. — Bohnen gute Kauflust, pr. 90 Pfd. 90—96 Sgr. — Schlaglein leicht erkänflich. — Rapskuchen beachtet, 64—67 Sgr. pr. Ctnr. — Mais (Kukuruz) 78—82 Sgr. pr. Ctnr.

	Sgr. pr. Schffl.		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Weißer Weizen	108—117—121	Schlag-Leinsaat	175—190—200
Gelber Weizen	107—114—119	Winter-Raps	172—182—192
Roggen	90— 94— 95	Winter-Rübsen	160—170—180
Gerste	60— 64— 68	Sommer-Rübsen	145—158—[illegible]
Hafer	41— 42— 43	Leindotter	145—150—162
Erbsen	74— 78— 84		

Kleesaat in fester Stimmung, rothe 12½—14—15¼ Thlr. pr. Ctr., hochfeine über Notiz, — weiße zumeist in geringen Qualitäten angeboten, 16—20—22 Thlr. pr. Ctr., hochfeine über Notiz.

Thymothee wenig beachtet, 7—8—9 Thlr. pr. Ctr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. 30—40 Sgr., Metze 1¾—2 Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.